

der Fünfte gemäß auf 14 Tage Studienurlaub lautet, wurde die Öffentlichkeit wieder hergestellt, für die Begründung jedoch abermals ausgeschlossen.

Uebersicht über die Krankenkassen.

Nach der Neuordnung auf Grund der Reichsversicherungsordnung sind aus den bisher bestehenden 2.689 Krankenkassen Deutschlands 9824 geworden, die in 2468 allgemeine Ortskrankenkassen, 337 besondere Ortskrankenkassen, 695 Landkrankenkassen, 6637 Betriebskrankenkassen und 898 Innungskrankenkassen zerfallen. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt bei den Allgemeinen Ortskrankenkassen 8753 bei den Landkrankenkassen 471, bei den Betriebskrankenkassen 668 und bei den Innungskrankenkassen 431 Personen. Dem Krankentafelwesen würde noch mehr gedient werden sein, wenn nur Ortskrankenkassen geschaffen worden wären.

Um die Unterbringung der Angestellten von geschlossenen Krankenkassen bemüht sich der preussische Minister für Handel und Gewerbe in einem Erlaß an die Oberversicherungsämter. Es wird darin den Vorständen der Krankenkassen empfohlen, die „geeigneten Angestellten, die infolge der Neuordnung bei einer Krankenkasse entbehrlich werden, bei Annahme von Hilfsstellen möglichst zu berücksichtigen und bei ihrer Anstellung auf die in der früheren Stellung erworbene Anwartschaft auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung wohlwollende Rücksicht zu nehmen“.

Kaplan Kertmann unter Anklage des Geelenfangs.

Die Affäre des Kaplans Kertmann in Dombach ist durch die Verhandlungen des preussischen Landtages den weitesten Kreisen bekannt geworden. Der nationalliberale Abgeordnete v. Campe fand es unverständlich, daß der Staatsanwalt ein Einschreiten abgelehnt habe, obwohl doch eine ganze Reihe strafbarer Delikte vorlägen: Die minderjährige Dora Blesch sei ihren protestantischen Eltern entzogen und entzogen worden, um sie katholisch zu machen, außerdem sei der Vater des Mädchens bedroht worden. Genosse Hansen habe die Frau im Lande um Grund der Mitteilungen des Dortmunder Amtsblattes. Als der Staatsanwalt die Klage ablehnte, kam die Ueberhebung der Kertmannsche keine Grenzen, und der Kaplan Kertmann strengte eine Massenklage an gegen 3 Redakteure, 2 evangelische Pastoren, 1 Rektor, 1 Lehrer, 1 Polizeikommissar, 1 Bachmeister, 1 Schüler, den Vater des Mädchens und einzelne Arbeiter. Sein Streben war, alle Leute, die mit der Sache zu tun gehabt hatten und in denen er Gegner vermutete, auf die Anklagebank zu bringen, damit sie ihm als Zeugen nicht gefährlich werden könnten. Nun ist der seine Plan durchkreuzt worden. Durch Beschluß des Oberlandesgerichts in Hamm vom 10. März ist die Erhebung der Anklage gegen Kaplan Kertmann angeordnet worden.

Für die Städte ist nichts übrig. Der Vorstand des preussischen Städtebundes hatte dem Finanzminister eine ausführliche begründete Eingabe über die Kosten der Veranlagung zum Wehrbeitrag in denselben Städten unterbreitet, in denen der Vorstoß in der Einkommensteuerveranlagungskommission dem ersten Bürgermeister oder einem anderen städtischen Beamten übertragen ist, und die Bitte ausgesprochen, in Anbetracht der Rechts- und Sachlage den Städten, denen die Veranlagung des Wehrbeitrages übertragen worden ist, einen die tatsächlichen Unkosten bedeckenden Betrag zu erlassen.

Auf die Eingabe ist dem preussischen Städtebunde jetzt ein ablehnender Bescheid des Finanzministers zugegangen.

Wie immer! Die Städte sind die getrennten Diener der staatlichen Behörden, müssen für den Staat die Arbeit machen, bekommen nichts dafür und haben nichts zu sagen. Das nennt man dann preussische „Ordnung“.

Wieder mal ein Dementi. Die Verhandlungen der süddeutschen Heeresverwaltungen mit der preussischen über den Waffengebrauch des Militärs stehen, wie der Münchener Korrespondent des „Deutschen Kuriers“ aus zuverlässiger Quelle erzählt, nicht vor dem Scheitern, vielmehr liegt der bestimmte Wille der Heeresverwaltungen vor, zu einer gemeinsamen Regelung der Angelegenheiten für das ganze Reich zu gelangen.

Der Kronprinz verzichtet auf Reichsgeleit. Eine Korrespondenz meldet: „Sollte der Kronprinz nach Ostafrika reisen — die Genehmigung des Kaisers steht noch aus —, so werden die Kosten aus der Schatzkammer der Kronprinzen bestritten werden.“ — Der nationalliberale „Deutsche Kurier“ bemerkt hierzu: „Im Reichstage dürfte auch kaum Neigung vorhanden sein, Privatreisen des Thronfolgers aus Reichsmitteln zu bezahlen.“ — Na, na! Die nationalliberale Fraktion hätte ihr patriotisches Herz sicher noch entdeckt.

Staatliche Autokratien. Der badische Landtag bewilligte zur Einrichtung staatlicher Autokratien 500.000 Mk. Durch diese Linien sollen hauptsächlich die durch Bahnen nicht erreichbaren entlegenen Schwarzwaldgebiete mit den großen Verkehrslinien in Verbindung gebracht werden. Die Regierung hat dieser begrüßenswerten Verkehrsverbreiterung allerdings durch eine finanzielle Belastung der Gemeinden einen bitteren Beigeschmack gegeben. Für Ertragsausfälle sollen die Gemeinden bis zu 10 Prozent haften. Ein von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachter Antrag, von der Haftung der Gemeinden abzusehen, wurde von der Mehrheit der Reichstagsmitglieder als Freundin der kleinen Landgemeinden und Gemeinden aufgestellt, abgelehnt. Damit wird die Einrichtung einer Autokratie für viele Gemeinden illusorisch.

Ein politisches Attentat.

Die Frau des Finanzministers Caillaux erschießt den Direktor des „Figaro“.

Paris, 17. März. Die Gewitterwolke in der politischen Atmosphäre in Frankreich, die sich seit Wochen bereits über das ganze Land lagert, hat eine plötzliche Entladung herbeigeführt, die durch ihren dramatischen Verlauf nicht nur das höchste Interesse aller politischen Kreise erregt, sondern auch menschlich die Gefühlskraft der französischen Hauptstadt auf die tiefste bewegt und erschüttert. Die Feindschaft zwischen dem Direktor des „Figaro“, Gaston Calmette, und dem Finanzminister Caillaux hat gestern abend zur Katastrophe geführt. Die Gattin des Ministers, Frau Caillaux, hat zur Selbsttötung geschritten und den Angehörigen der Ehre ihres Mannes, Calmette, durch fünf Revolvergeschosse niedergerückt.

Ueber das Attentat werden der Telegraphen-Union folgende Einzelheiten bekannt: Gegen 5 Uhr nachmittags ließ sich Frau Caillaux, die Frau des Finanzministers, im Automobil des Ministers nach dem Gebäude des „Figaro“ begeben, wo sie Herrn Bourget besuchte. Er ließ Frau Caillaux bitten, sich zu gebenden. Frau Caillaux wartete ungefähr anderthalb Stunden. Dann hat sie den Dolmetscher, er möchte doch noch einmal nachsehen, ob Frau Calmette nicht endlich Zeit für sie habe und gab ihm ihre Visitenkarte mit der Weisung, sie nochmals Calmette vorzuliegen. Gerade als der Diener das Direktionszimmer betreten wollte, schickte sich Calmette an, mit seinem Besucher auszugehen. Er sagte dem Befehl der Frau Caillaux überlassen, während er sich

Bourget: „Mit dieser Frau möchte ich nichts zu tun haben.“ Nichtsdestoweniger ließ er Frau Caillaux hereinbringen. Er war gerade dabei, den Lebersteiner nachmals abzuliegen, als Frau Caillaux in höchster Erregung in das Direktionszimmer stürzte, aus ihrer Muffe ihren Revolver herauszuziehen und nacheinander fünf Schüsse auf den überraschten Calmette abgab. Calmette stürzte von vier Kugeln getroffen blutüberströmt zusammen.

Durch die Schüsse war das ganze Gebäude alarmiert worden. Ein Druckerbeamter war der erste, der in das Direktionszimmer stürzte und der hysterisch schreienden Frau den Revolver aus der Hand riß. Im Verein mit einem gleichfalls hinzugelassenen Redakteur führte er sie in ein Nebenzimmer, wo Frau Caillaux ein über das andere Mal wiederholte: „Das war für mich das einzige Mittel, meine Ehre und die meines Mannes zu retten.“ Calmette wurde auf einen Divan gelegt und von einem schnell herbeigerufenen Arzt verbunden. Er wurde alsdann im Automobil nach der Klinik Sartmann in der 26. Avenue Victor Hugo gebracht.

Frau Caillaux wurde in den Redaktionsräumen des „Figaro“ solange festgehalten, bis die von dem Attentat verständigte Polizei herbeikam. Frau Caillaux erklärte immer wieder, daß sie nur ihres Mannes und ihre eigene Ehre gerettet hätte. Ihre erste ordnungsmäßige Vernehmung erfolgte erst abends 8 Uhr auf der Polizeiwache, wohin sie in einer Lage gebracht wurde. Frau Caillaux gab die Tat ohne weiteres zu. Sie habe mit Verachtung auf Calmette geschossen, da er sie und ihren Gemahl in schändlichster Weise durch die Mittel, die er über sie verschwendete, beleidigte. Nur das Blut Calmettes habe diese Schmach abwachen können. Auf Beschluß des Polizeikommissars wurde Frau Caillaux in Haft gehalten.

Der Finanzminister erhielt erst von der Polizei Nachricht von dem ansehnlichen Schritte, den seine Gattin unternommen hatte. Er verständigte sofort den Ministerpräsidenten, der noch in der Nacht einen Kabinettsrat einberief. Am Mittwoch versammelte sich das Ministerium unter Vorsitz Doumergues, um über die für das Kabinett durch die Tat Frau Caillaux geschaffene Situation zu beraten und die Frage der Gesamtdemission des Ministeriums zu erörtern.

Paris, 17. März. Gaston Calmette, der Direktor des „Figaro“, ist in der Sartmannschen Klinik kurz nach 1 1/2 Uhr seinen Verletzungen erlegen. Die Kunst der Ärzte war umsonst. Sie hielten den Schwerverletzten andauernd unter Morphium, um die furchtbaren Schmerzen, die er litt, zu mildern. Eine der Kugeln hatte das Bauchfell durchschlagen, während eine andere eine der großen Arterien getroffen hatte. Die Ärzte hatten ursprünglich beschlossen, im Verlaufe des heutigen Vormittags eine Operation vorzunehmen. Der Zustand des Kranken war jedoch so ernst, daß der erste chirurgische Eingriff bereits im Laufe der Nacht erfolgen mußte. Calmette war jedoch nicht mehr zu retten. Er starb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Die Nachricht von dem Attentat, das Frau Caillaux gegen Calmette verübte, verursachte die allseitigste Aufregung in der französischen Hauptstadt. Es kam zu lebhaften Demonstrationen gegen Caillaux, über die die Telegraphen-Union folgende Einzelheiten erzählt: Eine große Menschenmenge war von der Place de la Republique über die großen Boulevards nach der Rue Drouot in Bewegung. Die Menge wuchs immer mehr an und rief lautmäßig Rufe aus: Nieder mit Caillaux! Nieder mit den Mörderin! An der Place de l'Etoile kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Polizeibeamten und den Demonstranten. Die Demonstranten wurden zurückgedrängt, sammelten sich jedoch wieder in zwei Kolonnen, von denen die eine über den Boulevard de Capucines nach der Wabelaire zog, während die andere Kolonne durch die Rue de la Paix nach der Rue de Rivoli begab, um von dort nach dem Quai d'Orléans nach dem Anbörtenamt zu gelangen. An der Place de la Concorde wurde die Menge jedoch von berittener Garde zurückgedrängt. Eine dritte Abteilung zog nach der italienischen Gesandtschaft, wo ein Galabier stattfand, an dem Ministerpräsident Doumergue teilnahm und brachte dort Rufe gegen Caillaux aus. Die Menge wurde jedoch auch hier auseinandergebrängt. Auch vor dem Finanzministerium in der Rue de Rivoli zersplitterten sich die Demonstrationen gegen Caillaux. Die Polizei nahm verschiedene Verhaftungen vor und drängte die Demonstranten in die Seitenstraßen zurück. Die lange nach Mitternacht wogten die erregten Menschenmassen durch die Boulevards.

Paris, 17. März. Der Chef der Sicherheitspolizei hat die einstweilige Verhaftung der Frau Caillaux aufrecht erhalten. Sie wurde nach dem Frauengefängnis in Saint Lazare überführt, wo sie dieselbe Zelle erhält, in der Madame Steinheil ihre Unteruchungshaft verbrachte. Frau Caillaux ist vollständig zusammengebrochen. Sie erklärte dem Untersuchungsrichter: „Weil ich keine andere Waffe hatte, mußte ich mich des Revolvers bedienen. In Frankreich gibt es ja keine Wertschätzung.“ Als sie in das Automobil gebracht wurde, das nach dem Gefängnis führte, war die sonst so elegante Frau nicht wiederzuerkennen. Der Hut saß schief auf dem Kopfe, der Belagmantel war schief zugeknöpft und das Haar hing in Strähnen über das Gesicht. — Bevor Frau Caillaux nach dem „Figaro“ fuhr, schrieb sie einen Brief an ihren Mann, den sie verschlossen und versiegelt auf seinen Schreibtisch legte. Er enthält nur wenige Zeilen: „Ich gehe, um dich zu rächen, wenn ich bis abends nicht zurück bin, wirst Du mich im Gefängnis wiederfinden.“ Der Minister, der erst nach Mitternacht zusammengetreten war, um über das Demissionsgesuch Caillaux zu beraten, räumte bis nach 2 Uhr. Die Verurteilung der Ministerin war außerordentlich groß, als kurz nach 1 1/2 Uhr die telephonische Nachricht von dem Ableben Calmettes eintraf. Es wurden verschiedene Versuche gemacht, Caillaux zu bewegen, seine Demission zurückzugeben, dieser blieb jedoch fest.

Ausland.

Der Frauentag in Russland.

Der Stadthauptmann in Petersburg hat die zur Feier des Frauentages am 8. März angekündigten Arbeiterversammlungen verboten. Seitdem Beispiel folgten auch die Soldaten in den anderen russischen Städten. Solcher Verbote werden die polizeilichen Versammlungsverbote und Verhaftungen, nach die Konfiskation der Arbeiterblätter an dieser Tagen. Am 7ten des Frauentages und die öffentlichen Kundgebungen der Taggenossen russischen Arbeiterinnen zu unterbinden. Einmal der

kunden die polizeilichen Aufgebote am Eingang des Saals, wo die verbotenen Versammlungen stattfinden sollten, wie bei Aufmarsch der Polizei im Zentrum der Stadt und in den Arbeitervierteln, daß die Petersburger Arbeiterin erwacht ist, und daß der Aufmarsch dieser neuen Kolonne des Klassenbewußtseins dem Sozialismus eine eben solche Furcht einflößt, wie das Erwachen der Arbeiter zum Kampf gegen wirtschaftliche und politische Bedrückung überhaupt.

Die Stimmung während des Frauentages in Petersburg tritt anschaulich aus der Demonstration hervor, die im Anschluß an die nicht verbotenen Arbeiterversammlungen auf der Grebelska stattfand. Zu dieser Versammlung waren zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen aus allen Stadtteilen herbeigeströmt. Da der Saal bald gesperrt war, blieben die meisten auf der Straße, bis die Versammlung zu Ende war. An Stelle der fünf angekündigten Redner konnten nur zwei verlesen werden, da drei Referentinnen am vorhergehenden Tage verhaftet worden waren. Der anwesende Polizeibeamte schloß die Versammlung; die empörten Arbeiter und Arbeiterinnen strömten mit dem Gesang der Marschlied auf die Straße, wo sie zusammen mit den auf sie wartenden Arbeitermassen, revolutionäre Lieder singend, eine Zeitlang demonstrierten. Diese spontane Demonstration, an der sich mehrere tausend Personen beteiligten, währte über eine Stunde. Erst auf dem Newski wurden die Demonstranten von der Polizei zerstreut.

Ueber Manifestationen und Versammlungen am Frauentage wird auch berichtet aus Moskau, Samara, Koftow, Riga, Minsk, Dvinsk und Jekaterinburg.

Verlagung des österreichischen Abgeordnetenhauses. Das österreichische Abgeordnetenhause wurde am Montag nachmittags auf unbestimmte Zeit vertagt, da die Verhandlungen zur Herbeiführung eines deutsch-österreichischen Ausgleiches auch in letzter Stunde zu keinem Ergebnisse geführt hatten und außerdem die von der Regierung gestellte Frist abgelaufen war. Dann tritt sofort der Paragraf 14, welcher der österreichischen Regierung ausgedehnte Vollmachten für Notstandsmaßnahmen einräumt, in Kraft.

Die Ministerwahl des Mbret. Das albanische Ministerium ist folgendermaßen gebildet worden: Turchan Pascha Krieg und Aeußeres; Elhad Pascha Krieg und Finanzen; Farsi Pascha Außen- und Inneres, Post und Telegraphen; Uzi Pascha Justiz und Kultus; Dr. Turkuili Unterrichts; Pajjan-Sci-Preishi in Ackerbau und Handel.

Wiel zu verwalten haben die von dem neubackenen Mbret ernannten Minister allerdings noch nicht.

Die Kämpfe um Lorezon. Die Kämpfe um Lorezon haben wieder begonnen. Vorerst scheinen die Regierungstruppen, die die Offensive ergriffen haben, im Vorteil zu sein. Präsident Duerst teilte der Regierung in Washington mit, daß die Kämpfe völlerrechtlich nicht verstopft sei, für den Unterhalt der auf amerikanisches Gebiet Uebergetretenen zu sorgen.

Die geheime Dumasitzung. Eine Petersburger Meldung des „Times“ über die geheime Konferenz des russischen Ministeriums mit Vertretern der Duma-Fraktion enthält die Angabe, daß den Abgeordneten gesagt worden sei, Rußland müsse seine Friedensstärke um 400.000 Mann auf eine Million 700.000 Mann erhöhen, um gegen Angriffe sicher zu sein. Die Extra-Ausgaben werden 500 Millionen Rubel betragen und auf drei Jahre verteilt werden. Der Finanzminister habe mitgeteilt, daß die Beschaffung der Mittel keine Schwierigkeiten mache.

Russische Luft-Dreadnoughts. Wie aus amtlicher Quelle mitgeteilt wird, hat das Kriegressort jetzt endgültig beschlossen, den Konstrukteur des Riesenaeroplans „M. Muromez“, J. J. Sikorski, mit der Herstellung von zehn Luft-Dreadnoughts vom Typ „Tja Muromez“ zu beauftragen. Die Dreadnought-Flotte soll schon in diesem Frühjahr im Bau vollendet werden. Das Kriegressort bewilligt für den Bau der Luftschiffe sowie für die Anlage von Laboratorien zur Ausarbeitung der Vervollkommnung solcher Luftschiffe über eine Million Rubel.

Da wird sich aber gleichzeitig eine Panzerung des Jaren-schlosses von oben notwendig machen, denn die Mannschaften der Luftflotte werden kaum „zuverlässiger“ sein, als die der russischen Marine.

Neun Russen unter Spionageanklage. Vor dem Erkenntnis-Senat des Wiener Landgerichts begann am Montag der für eine Woche anberaumte Prozeß gegen neun russische Spione, die, wie aus der Anklageschrift hervorgeht, zu Beginn des Weltkrieges, als in Petersburg die geheimen Ziele des Balkanbundes wohl bekannt und alle Vorbereitungen zur Entfesselung eines europäischen Krieges getroffen waren, von Rußland nach Oesterreich entsandt worden, um insbesondere die in den östlichen Grenzgebieten getroffenen militärischen Vorbereitungen auszuspiönieren. Alle neun Angeklagten sind russische Untertanen.

Eine neue Verfassung für China. Aus Peking wird berichtet: Ein Erlaß des Präsidenten lehnt die Eröffnung der Beratungen der Kommission für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung auf den 8. März fest, da die meisten Provinzen die Wahlen der Kommissionsmitglieder beendet haben.

Parteiangelegenheiten.

Auch ein Kampf gegen den Geburtenrückgang. In einem Dorfe bei Mühlhausen in Thüringen knüpfte ein Gastwirt ein Verhältnis mit einem jungen Mädchen an. Das nicht ohne Folgen blieb. Dieser für den Gastwirt fatale Bevölkerungsanzwachs sollte mit Hilfe einer sogenannten Sympathietheorie beseitigt werden. Der Friedhofswärter, der sich auf das „Beiprechen“ verließ, wurde bemüht, um seine Kur an dem Mädchen zu versuchen. Natürlich blieb der Soluspolus ohne den gewünschten Erfolg, aber die Staatsanwaltschaft in Erfurt erfuhr davon, und sie mag so besorgt um den Geburtenrückgang sein, daß sie Anklage gegen den Wirt wegen versuchter Abtreibung der Schwangerschaft erhob; die Strafkammer in Mühlhausen beschlachte sich tatsächlich mehrere Stunden mit der Frage, ob die „Beiprechen“ unter den Begriff der Abtreibung zu bringen sei. Schließlich kam sie doch zu dem Ergebnis, daß der abtreibungsbefähigte Frau nicht als einen Verstoß gegen das Strafgesetzbuch betrachten lassen und sprach infolgedessen den Wirt frei. — Wenn das so weiter geht, kann man auf dem Gebiet der Bekämpfung des Geburtenrückganges noch mancherlei erleben.

Eine neue Woche für Belgien. Das Bureau des Generalrates des belgischen Arbeiterpartei schlägt vor, in der Woche vom 5. bis 12. April in ganz Belgien eine Propagandawoche zu veranstalten. Alle Gruppen, alle sozialen Gruppen, sämtliche Mandatäre aber von den Senatoren, die zu den Gemeinderatsmitgliedern sollen sich zur Verfügung stellen zur Werbung von neuen Mitgliedern für die Partei, zur Gewinnung von Abordneten für die Wahlen und zur Sammlung von Unterstützungen für die Forderung des allgemeinen Wahlrechts. Die belgische von Woche würde mit dem Kongress der Arbeiterpartei ihren Höhepunkt finden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 17. März

Die Sozialdemokraten, was sie sind und was sie wollen!

Die rote Woche schloß in Breslau wirkungsvoll ab mit vier öffentlichen Versammlungen, die trotz Regenwetters zum Teil sehr gut besucht waren. Nach der Werbearbeit unablässig weiter aufklären und in aller Öffentlichkeit sagen, was wir sind und was wir wollen. So haben wir es stets gehalten, so muß es auch jetzt sein. Viele Tausende stehen noch abseits; sie müssen für uns gewonnen werden. Damit allein aber ist es nicht getan. Wir brauchen überzeugte zielklare Kampfgenossen, die uns Treue bewahren und wissen, was sie wollen.

Die rote Woche ist vorüber; Tausende sind neu in unsere Reihen aufgenommen. Nun drauf und dran, um sie für den Kampf zu erziehen, und dann wieder von neuem angeworben, bis alles zu unserer Fahne steht.

Im Gewerkschaftshaus.

Vor einer gut besuchten Versammlung im Gewerkschaftshaus sprach Genosse Schönwälder aus Langenbielau. Nachdem er in einer einfachen aber zu Herzen gehenden Weise die Sozialdemokratie als den hoffnungsvollsten Versuch am Aufbau der Menschheit geschildert, kommt er auf die grundsätzlichen Ziele unserer Partei zu sprechen und weist nach, daß alle von den Gegnern vorgebrachten Zweifel an den tatsächlichen Verhältnissen zerplatzen. Einen tiefen Eindruck machten seine Worte auf die Hörer, als er auf einige Schönheiten unserer gottgewollten Weltordnung aus unserer engeren scheinbar zu sprechen kam. Auf der einen Seite die kleine Gruppe übermächtiger Kapitalisten mit dem 200 Millionen Reichtum, demerit an der Spitze und dann die riesigen Massen arbeitender Menschen, die mit einem menschenunwürdigen Dasein führen müssen. Und so mander Arbeiter und so manche Arbeiterfrau war ergründet, als der Redner seine eigenen Erlebnisse im Wasser Weidner ergründet, wo die ganze Familie die Woche im besten Falle 6 bis 8 Mark verdient. Da, wie es, während den Graben- und Hüftenarbeiten, die die unglücklichsten Millionen schaffen müssen. Dann kommt Redner auf die neuesten Pläne der Schatzmacher, den Zollhaushalt der Kaiser und auf die Arbeiterfeindliche Rechtslage zu sprechen, die sich alle verbänden haben, um die Arbeiterklasse wirtschaftlich zu quetschen und zu vernichten. Besonders wandte sich der Redner mit den ansehnlichen Plänen des unerhörten Zollhaushalts an die Frauen, die er auf der einen Seite ihrer Männer für unsere Ziele einzusetzen.

Durch freundlichen Beifall gaben die Anwesenden kund, wie sie ihnen Genosse Schönwälder mit seinem 1/2stündigen Vortrag zu Herzen gesprochen. Eine Ausdrucksweise, die sich Gegner nicht merken, nicht beliebt.

Im Kronprinzen

waren der Saal und die Galerie gut besetzt. Es mochten gegen 1000 Personen anwesend sein. Hier hatte Genosse Brüning aus Neuen OS. den Vortrag übernommen. Seine temperament- und geistvollen Ausführungen, die das Verhalten der preussischen Justiz, die unmaßgeblichen Anarierwünsche nach dem hiesigen Justiz und die Verhinderung nach Abschaffung von Arbeiterverboten an den Hunger stellen und auf ihren wahren Wert zurückführen, fanden ihren während des Vortrages lebhafteste Zustimmung, dem am Schluß langanhaltender Beifall folgte. Seine Aufforderung, jetzt nach Schluß der roten Woche eifrig weiter zu arbeiten und zwar in, daß wir nicht nur rote Wochen, sondern auch solche Monate, Quartale und Jahre haben müssen, bis alles in rot aufgegangen ist, fand freudigen Widerhall. Nach einer Pause von wenigen Minuten, die für die Werbearbeit für Partei, Volkswacht und Genossenschaft ausgenutzt wurde, verlas ein Anwärter für seine Ansichten zu werden. Vom Genossen Höfing konnte ihm aber sofort nachgewiesen werden, daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden, was auch die Verfammlungen bis auf zwei oder drei Ausnahmen bestätigen.

Hierauf konnte der Leiter, Genosse Ritter, die Verfammlungen mit einer erneuten Aufforderung zur Agitation für alle Zwecke der modernen Arbeiterbewegung und einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schließen.

Im Oberer

war der „Ballhof“ (Schneidwerkplatz) gut besetzt. Genosse Zimmler aus Neu-Satzbrunn, der als Redner gewonnen war, knüpfte mit begeisterten Worten die Bedeutung der sozialistischen Bewegung und erzielte großen Beifall. Der Sozialismus bedeutet die lebendige Zukunft gegenüber der Unkultur des Kapitalismus, der heute alles überrecht und überwindet. Der heutige Staat behauptet, es sei alles in bester Ordnung; doch es regiert die Gewalt und die schaffende Arbeit ist entrechtet. Da heißt es für uns, sich kraftvoll zur Wehr zu setzen, nicht mit roher Gewalt, nein mit den Waffen des Geistes. Es bedarf der völligen Durchbringung unserer Anhänger mit der wissenschaftlichen Kampfmethode, die geklärt ist durch die klare Erkenntnis von der Notwendigkeit unserer Siege. Wir haben auf die breite Masse. Nicht von oben kommt das Heil, das Volk muß und kann sich selbst befreien, wenn es mit Geist und Eisen an die glückverheißende Arbeit geht. An der kurzen Ansprache beteiligten sich zwei Genossen, die dazu aufforderten, die überzeugenden Ausführungen des Genossen Zimmler zu beherzigen und allezeit danach zu handeln. Die Verfammlungen schloß mit einem dreifachen Hoch auf die völkerverfreiende Sozialdemokratie.

In der Wilhelmshöhe

Genosse Eberle aus Görlitz vor etwa 250 Besuchern. Er schilderte die wirtschaftlichen Ursachen, aus denen die Sozialdemokratie entstanden ist und naturgemäß immer weiter wachsen muß, bis das große Ziel, die Befreiung der arbeitenden Massen von der Ausbeutung, erreicht sein wird. In keiner Zeit aber hat unsere Partei unter ihrer Hoffnung auf das Endziel die praktische Alltagsarbeit vergessen; die gesamte parlamentarische Tätigkeit beweist das. Auch jetzt, nachdem die rote Woche ihr Ende erreicht, gilt es, unermüdet weiter zu arbeiten, um die Partei zu stärken. Den demokratischen Volkswacht, die Gesetzgebung durch das Volk, gilt es zu erkämpfen, um durch die Demokratie zum Sozialismus zu gelangen.

Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Gegner merkten sich nicht zum Wort, weshalb von einer Ausdrucksweise abgesehen wurde.

Umbau der Eisenbahnbrücke

über die Schiffahrtsänder.

Die Rechte-Oberufer-Eisenbahnbrücke über die Schiffahrtsbrücke, bekannt durch den daneben befindlichen, von der Müllerinsel nach dem Westend führenden schmalen Schweibenweg, soll noch in diesem Jahre umgebaut werden. Es wird uns darüber geschrieben:

Mit einem Kostenaufwande von 189 000 Mark sollen nach geltenden Betriebskosten nicht mehr genutzten eisernen Ueberbauten entsprechend verläßt werden, und zwar sollte zunächst die südliche, das heißt die der Stadt zugekehrte Eisenkonstruktion vollständig erneuert werden, während die nördliche Seite während Jahren erhalten bleiben sollte. Bei Vorbereitung

der Bauausführung wurde von der Oberstrombauverwaltung beantragt, die schon seit Jahren an dieser Stelle unbefriedigenden Schiffahrtsverhältnisse zu verbessern, was durch Verankerung eines Strompfeilers und Schaffung einer größeren Durchfahrtsöffnung zu erreichen sei, zumal die jetzige Stellung der Strompfeiler die Bildung von Auskolkungen begünstigt und dadurch die Standhaftigkeit der Brücke beeinträchtigt würde. Daraus hat der Eisenbahnrat beschlossen, bald eine umfangreiche Umbauänderung der Brücke vorzunehmen, auch beide Ueberbauten zu beseitigen und durch neue zweifelhafte Eisenkonstruktionen zu ersetzen. Das eigentliche Strombett soll mit einer einzigen Öffnung von 76 Metern Breite überbaut werden, wobei die jetzt hindurchenden Strompfeiler abgebrochen werden können. Die hierdurch entstehenden Mehrkosten von 126 000 Mk. werden zu gleichen Teilen von der Eisenbahnverwaltung und der Strombauverwaltung getragen.

Weiter hat, und das war sehr notwendig, der Magistrat unserer Stadt beantragt, statt des schmalen Laufstraßes einen breiten öffentlichen Fußweg an der Brücke anzubringen. Dafür sind 40 000 Mark erforderlich, die von der Stadt getragen werden müssen. Die im preussischen Staatshaushalt für 1912 mit 189 000 Mark angelegten Gesamtkosten des Brückenumbaus erhöhen sich jetzt auf 635 000 Mark, was im diesjährigen Etat auch zum Ausdruck gebracht ist. Die Wasserbauverwaltung hat hierzu 63 000 Mark und die Stadt Breslau 40 000 Mark beizutragen.

Wegen der großen Arbeitslosigkeit ist zu wünschen, daß mit den eigentlichen Umbauarbeiten bald begonnen wird. Bohrungen zur Untersuchung des Baugrundes wurden bereits vor einigen Wochen vorgenommen.

Unterbringen von kranken Kindern in ländlichen Heilstätten.

Die Armen-Direktion macht wiederholt aufmerksam auf das verbleibende und segensreiche Wirken des hier bestehenden Vereins zur Unterbringung armer kranklicher Kinder in ländlichen Heilstätten.

Durch die Vermittlung des Vereins finden alljährlich den Sommer über eine große Zahl armer kranker Kinder, denen dies in ihrer Stellung unzureichend verordnet ist, Unterbringung in ländlichen Heilstätten (Zahnerichau und Oberwitz). Umlostermählare zum Unterbringen solcher Kinder in ländlichen Heilstätten sind von jetzt an im evangelischen Vereinshaus, Polsterstraße 68, und in der Rathausmuffelion zu haben.

Der Verein für Kinderheilstätten hat die größte Unterbringung der Kinder, die sich um Aufnahme in Königsdorf, Zahnerichau, Goczalkowin, Zahnerichau, und Oberwitz bewerben, am Mittwoch, den 15. April 1914, für die Namen mit den Anfangsbuchstaben A bis M, Freitag, den 17. April 1914 für die Namen mit den Anfangsbuchstaben N bis Z, nachmittags 4 Uhr im kleinen Saale des evangelischen Vereinshaus, Polsterstraße 68, festgesetzt. Nur solche Kinder finden Berücksichtigung, die an diesen Tagen ein Antragsformular mitbringen, das in seinen beiden ersten Abschnitten ordnungsmäßig und ausreichend ausgefüllt ist.

Der Neujahrswunsch der „Volkswacht“

Wäre am Montag den Gegenstand einer Verhandlung vor dem Breslauer Sozialrat für Ueberzeugungssachen. Das spöttisch geäußerte Gedächtnis der Polizei nicht gefaßt zu haben. Man hat es wohl geistig unter die tüchtige Lupe genommen, aber eine Anklage wegen Verleumdung oder Verleumdung war nicht möglich. Etwas anderes: man jedoch. Es fehlt unter dem Gebilde der Name des Verlegers. Das sollte ein Verstoß gegen § 6 des Preßgesetzes sein. Dem Geschäftsführer der „Volkswacht“, Genossen Zolus, seinem Vertreter Genossen Rasch und Herrn Schalky gingen wegen dieser „Preßverletzung“ Strafbefehle über je 10 Mark zu, wogegen alle Einspruch erhoben. Die Angeklagten kontrahieren ihre Preisprechung mit der Begründung, das Gedächtnis ist eine Beilage, also ein Teil der „Volkswacht“. Das Gesetz sagt aber nicht, daß jede einzelne Beilage den erwähnten Vermerk tragen muß, es genügt, wenn er auf einem Blatt über Nummer zu finden ist. Das Gericht war jedoch mit dem Amtsanwalt der Ansicht, das Neujahrsgedächtnis sei eine selbstständige Druckschrift gewesen. Der Vermerk hätte deshalb darunter stehen müssen. Zolus und Schalky wurden mit je 5 Mark bestraft; Genosse Rasch kam frei, da ihm nicht zu widerlegen war, daß er mit dem Neujahrsgedächtnis nicht das Mindeste zu tun gehabt hat. Er ist nur verantwortlich, wenn er Zolus zu vertreten hat. Ja, in Breslau bleibt auch nicht das geringste Versehen einer sozialdemokratischen Zeitung unbestraft.

Die „Bresl. Zig.“ hat recht, wenn sie zu diesem schöffengerichtlichen Urteil schreibt: „Die Sozialdemokratie aber kann sich wieder einmal ins Häuschen lachen, denn an diesem Schlußbeispiel läßt sich in Volksversammlungen trefflich das Wesen des preussischen Polizeistates illustrieren. Man muß in der Tat sagen, daß der Sozialdemokratie so ausgezeichnetes Agitationsmaterial — für 5 Mk. — durchaus preiswert geliefert wird.“

Liberalismus und rote Woche.

Man schreibt uns zu diesem Thema: Es ist merkwürdig, wie gut unsere Gegner uns kennen. Wenn man den Artikel der „Breslauer Zeitung“ vom Sonnabend liest, kann man über die Sachkenntnis erstaunen, die die Herren Liberalen da entwickelt. Sie gratulieren nämlich schon seit Monaten über den „Umbau der Sozialdemokratie“, spotten über die Einfühlungslosigkeit unserer Genossen im Reichstage und merken nicht, daß sie ihr eigenes Bild zeichnen. Daß ihnen unsere rote Woche nicht paßt, kann man ja verstehen. Damburg-Wilna etc. über 10 000 neue Mitglieder, das fährt den Herren gewaltig in die Glieder. Sie machen es also, wie man es immer bei Tingen macht, gegen die man keine logischen Gründe ins Feld führen kann, sie machen sie bloß darüber, sprechen davon, daß wir etwas von der Heilsarmee gelernt hätten, usw. Warum machen uns die Herren dann aber die Geschichte nach? Warum veranstalten sie eine „fortschrittliche“ Woche für ihren 3000 Mitglieder in ganz Deutschland zählenden Reichstages Liberaler Arbeiter? Warum planen die Nationalsozialisten eine „schwarz-weiß-rote“ Woche? Weil wahrhaftig unsere Herren Gegner unseren Gedanken für vollständig untauglich ansetzen! Es ist doch merkwürdig, daß die Liberalen stets ihre Verantwortlichkeit von uns erborgen und dann die Welt mit der Tatsache in Aufbruch bringen, was sie doch für wieder: Kerle sind. Sodann unser „Umbau“. Es ist wahr: unsere Organisation hat im letzten Jahre nicht in dem gewöhnlichen Maße zugenommen; das liegt aber in der schlechten Konjunktur: sämtliche Organisationen, die sich auf Elemente stützen, die nicht das Ver-

mögen der der „Breslauer Zeitung“ nahestehenden Herren be-
halten, haben nicht nur die alte Stille, sondern sogar
einen Rückschritt zu verzeichnen gehabt. Und ausgerechnet die
Liberalen wollen es uns vorwerfen, daß wir 1/4 Millionen
Wählerstimmen, aber nur eine Million eingeschriebene Partei-
genossen besitzen, die bei letzten 1 1/2 Millionen Stimmen
nicht den zehnten Teil sozialistische Stimmen
haben.

Und was nun den Vorwurf betrifft, daß die Arbeit un-
serer Genossen im Parlament ein schiefes Bild zeigt? Liegt da
die Schuld an ihnen? Ob nein, es ist die Schlappeheit der
Liberalen, die sich fürchten, die Konsequenzen ihrer eigenen
Theorien zu ziehen. Wenn es gilt, große Worte zu machen,
da sind diese Herren meist bereit, wenn es aber gilt, die
Kaskaden an Liberalen, Nationalsozialisten zu lassen, da stehen sie
schon zurück. Das Missverhältnis zwischen den Reichstags-
parlamentarier und den Parteimitgliedern, das die Liberalen ver-
leihen, das ist die Schuld der Sozialdemokraten die
Zählungen, wenn nichts Politisches geschieht wird. Und falls
es notwendig noch ein paar Wochenlang, Gesetze zum Verbot
der Mittel gegen den Empfangszwang und dergleichen gibt,
dann bewilligen die Liberalen munter mit. Raumann klugig
das schon an!

Der Arbeiter wird aber hoffentlich hieraus lernen, wo seine
Freunde sitzen, wo ihm zu einem menschenwürdigen Dasein ver-
helfen will, und wer ihm solche Redensarten macht. Daß mit
solchen Redensarten gegen die rote Woche gearbeitet wird, verbietet
ihm gutes Gelingen.

Ein recht bedenkliches Vergnügen.

Wir erhalten von einem Freunde unseres Blattes folgende
Nachricht:
Am Sonnabend a. m. habe mich der Weg mit noch einem
Genossen über den Neumarkt. Der Genosse machte mich auf
ein neues Unternehmen mit dem schönen Namen: „Amerikanische
Vergnügungshalle“, aufmerksam, und wir entschlossen uns, sofort
einmal hineinzugehen. Noch ehe wir recht wußten, was da drinnen
los ist, wurde unsere Aufmerksamkeit auf eine ältere Frau gelenkt,
welche einen jungen Mann, wahrscheinlich ihr Sohn, auf ziemlich
unsaftige Weise mit folgenden Worten unter dem Gesicht der
Umstehenden hinaufkomplimentierte: „Mach, daß Du zuhause
kommst, Du willst wohl wieder Deinen ganzen Wochenlohn ver-
spielen.“

Zu diesem mit Bitterkeit zu widerstehen, wie die Skorellens
ausgestrichelten Mann stehen acht amerikanische Billards mit je
zehn nummerierten Böchern im Quadrat aufgestellt. Es wird
nach folgendem Verfahren gespielt: In dem Spiel können acht
Büchlein teilnehmen, von denen jede vier bis 10 W. für einen
Zug zu zahlen hat, so daß also 80 W. eingenommen werden.
Von diesen 80 W. werden 20 W. für die Abnutzung der
Billards abgezogen, so daß 60 W. für die
Gewinnere bleiben. Neben von zwei Spielern gleich hohe
Annumen gespielt, so wird der Gewinn geteilt. Bei weniger
als 5 Spielern werden nur 10 W. für die Abnutzung des Billards
abgezogen. Dieses Geschäft spielt sich so schnell ab, daß meiner
Beobachtung nach mindestens 10 Spiele in der Minute gemacht
werden, so daß für den Spieler in der Stunde 120 Mark ab-
fallen. Wenn das ein paar Stunden so geht, so kann man sich
einen Besitz machen, was da „verdient“ wird. In Spielern,
meistens junge Leute unter zwanzig Jahre (Lautburden, Ar-
beitsburden usw.), scheint es nicht zu fehlen, denn wenn einer
ausreißt aus dem Spiel, so drängen sich schon wieder einige
heran.

Man muß sich wundern, wie unsere Behörde zu einem der-
artigen Unternehmen die Erlaubnis geben kann. Wenn man die
Zugänge, welche das Arbeiter-Auge und heimlich beobachten
müssen, vor die Augen der Unternehmungen stellen würde, damit sie jeden
jungen Mann unter 20 Jahren zu rufen zu lassen, so wäre
das wirklich eine sehr reichliche Tätigkeit. Oder glaubt man wirk-
lich, daß junge Leute in dieser Spielhölle besser auf-
gehoben sind als im Arbeiter-Jugendheim, wo ihnen durch Bor-
träge, Gesellschaftsspiele und gute Bücher Unterhaltung geboten
wird. H. N. W. G.

* Verlängerung der Unterführung über die Frankfurter-
straße. Der Plan des neuen Personenbahnhofes Breslau-
Hauptbahnhof und die Anlage eines zweiten Verbindungsganges
von der Potsdamer Straße zum Oberbahnhof macht es nötig,
den erhöhten Bahndamm durch Anschlägen von Bodenmassen
zu verbreitern und einige Erdarbeiten vorzunehmen zu verlängern.
Zunächst soll das Ueberführungsbauwerk über die Frankfurter-
straße in 100 Meter 42/43 der Straße Breslau-Potsdamer
verbleiben werden. Die Umbauten der Unterführungen nach der
Viehweide dürften sich nach einige Zeit hingehen. Das Ueber-
führungsbauwerk Frankfurterstraße erhält nun eisernen Ueberbauten
für zwei Gleise an der östlichen, d. h. der der Stadt zugekehrten
Seite. Die beiden seitlichen gemauerten Widerlager müssen ent-
sprechend verlängert werden und außerdem werden noch vier
eiserne Säulen, die entsprechend den vorhandenen herzustellen
sind, aufgestellt werden. Die Fundierung des neuen Widerlagers
muß auf gemauerten Fundamenten geschehen, weil der Baugrund
ungünstig ist und gemauerte städtische Kanäle in
unmittelbarer Nähe vorüberführen, die bei gewöhnlicher
Ausdehnung leicht beschädigt werden könnten. Das andere
Widerlager erhält Betonfundamente. In den letzten Tagen
wurden an der Baustelle bereits in den Weg kommende Gas-
leitungen verlegt und gegenwärtig ist man damit beschäftigt,
die unmittelbar neben dem südlichen Widerlager eingelegten elek-
trischen Kabel zu verlegen. Mit den Arbeiten im Grunde wird
auch im Laufe dieser Woche begonnen.

* Bau des Ausbaus der Domäne. Am Montag wurde mit
der Abklärung des oberen Turmhelmgerüstes am Nordturm der
Domkirche begonnen, um die Vergütung an dem unteren Teil
des Turmhelms beenden und mit dem Ausbau der Sandstein-
galerie beginnen zu können. Diese Arbeiten werden, nach der
„Schl. Volksw.“, etwa vier bis fünf Wochen in Anspruch
nehmen. Mit der Verlegung des oberen Turmhelmgerüstes ist
bereits ein großer Teil des neuen Turmhelms sichtbar geworden.

* In Konkurs geraten ist der Tischlermeister Josef Schille,
Kellereistraße 8. Konkursverwalter ist der Kaufmann Baer,
Telegraphenstraße 6. Frist zur Anmeldung der Konkursford-
rungen bis 10. April 1914.

* Zwangsweise veräußert werden demnächst vom hiesigen
Kgl. Amtsgericht folgende Grundstücke: Friedländerstraße 5
am 16. April, Leichenstraße 21 am 23. April, Beckenstraße
No. 105 am 21. April, Vorwerkstraße 13 am 25. April, Sieben-
hüdenstraße 20, Polsterstraße 1 am 27. April.

* Keine Kassenwahl. Die Jungmännlichenkassen der
Fleischer und Buchstämmer sollte am 2. und 3. April ihren Aus-
schuß wählen. Das ist aber nicht nötig, weil sowohl von den
Arbeitgebern wie von den Kassenmitgliedern nur je eine Liste
eingereicht wurde. Für solche Fälle bestimmt die Wahlordnung,
daß die vorgeschlagenen Vertreter ohne Wahl als gewählt gelten.

* Zur Ermordung des Gärtnerbesizers Haase, Weinberg-
weg 36, wird gemeldet, daß jetzt ein Arbeiter verhaftet wurde,
weil er sich sehr verdächtig gemacht habe. Durch Vernehmung
seiner Arbeitskameraden gegenüber wurde der Tatverdacht, der
gegen ihn bereits bestanden hatte, verstärkt. Es soll er unter
andem geäußert haben, „es ist nicht schwer, den Getreide-
Haase zu holen“. Die weiteren Ermittlungen sind in vollem
Gange.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt:

Wir haben geliegt!

Die Schlacht ist geschlagen, die rote Woche vorüber. Mit Stolz können die braven Genossen des Landtreifes sagen. Sie haben einen glänzenden Sieg errungen. Unter den allerschwerigsten Verhältnissen haben sie dem Gegner die Schanzen genommen, und an so manchen Stellen, wo noch vor wenigen Tagen das blaue Spiritusbanner vom hohen Mast herabbaumelte, da flattert jetzt die rote Fahne der Freiheit lustig im Winde. Und wo sie einmal aufgepflanzt ist, da weht sie schwerlich wieder zurück.

Unsere Gegner glaubten, der roten Woche spotten zu dürfen. Nur, ihr höhnisches Lachen hat sich in ein schmerzliches Grinsen verwandelt. Die „geistigen“ Trabanten der Junker vom Schlage des Neumarkter Kreisblattes und der Neumarkter Zeitung überboten sich wochenlang in geschäftigen Artikeln gegen uns. Die Liebe war unsonst. Wir haben sie nicht beachtet, und der verständige Arbeiter gab sich nicht erst die Mühe, solche Schwachheiten zu lesen. Er dachte sich sein Ziel und wurde Parteigenosse.

So wuchs die Schar der opfermutigen Genossen im Landtreife um viele Hundert wackerer Streiter. Dank den unermüdeten Männern, deren Arbeit uns diesen Erfolg errang. Es war ihnen nicht leicht gemacht. Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, die Verfolgungen der bestehenden Klasse und der Behörden machen sich auf dem Lande besonders fühlbar. Aber unsere Agitatoren verzagen nicht. Mutig gingen sie an die schwere Arbeit, und der Erfolg war glänzend. Zahlreich wird er in Deutschland feinschleichen finden.

Geld uns willkommen, Ihr neuen Kämpfer. Steht Euch in unsere Reihen. Je stärker die Detachments, desto sicherer der Sieg. Und wir werden weiter fliegen, denn wir haben zwei Verbündete, die jeden Feind schlagen müssen: Unser heiliges Recht und die sozialistische Ueberzeugung.

Der Erfolg verteilt sich auf diese Orte:

Distrikt	Ort	Partei	Wahlkraft
1	Grüneiche	2	16
2	Carlowitz	38	49
3	Rosenthal	3	41
4	Droitz	9	23
5	Böpelwitz	107	72
6	Neum-Gandau	11	53
7	Neutrich	29	64
8	Wroch-Wochern	18	22
9	Gräbichen	9	29
10	Partlieb	18	44
11	Stajschin	3	10
12	Derzain	4	25
13	Schwanitz	4	17
14	Stabelwitz	38	52
15	Deutsch-Lissa	26	54
16	Rathen	2	11
17	Ganitz	2	18
18	Sachwitz	4	18
19/20	Neumarkt	23	85

Im ganzen 350 neue Parteimitglieder und 638 Abonementen der „Wahlkraft“. Die Distrikte Schwanitz, Wittken und Wroch haben noch keine Besuche eingekandt.

Nun gilt es, das Organisationswesen festzuhalten, die Neuzugeworbenen aufzuklären und dadurch die Organisation zu stärken. Derzeitigen Stand aber allen Parteigenossen, die durch ihre mühevollen Arbeit den Erfolg ermögllichten.

Den Schlag der roten Woche im Landtreife machten sieben öffentliche Versammlungen in Gräbichen, Neumarkt, Stabelwitz und Friedewalde. Fast durchweg war der Besuch sehr stark, hellenweise ließen die Arbeiter-Gesangvereine es sich nicht nehmen, die Versammlung durch ein Lied würdig einzuläuten. Die Redner sprachen über die verbundene Strafe des Sozialismus. In aufmerksamen Worten wiesen sie darauf hin, daß nur der Sozialismus der unterdrückten Klasse die Freiheit geben wird. Darum muß jeder Arbeiter Sozialdemokrat sein. Besonders aber müssen die Frauen für ihre Menschenrechte kämpfen. Erst dann wird sich ihre Lage bessern, wenn sie die gleichen Staatsbürgerrechte mit dem Manne errungen haben. Nur die Sozialdemokratie kämpft für diese Rechte. Darum müssen sich alle Frauen ihr anschließen. Der Sieg des Sozialismus verhilft den Arbeitern ein glückliches Dasein, den Unterdrückten die Freiheit.

Die Ausführungen der Redner wurden mit großem Beifall aufgenommen. In allen Versammlungen stimmte man feierlich Entschiedenheit einstimmig zu:

„Die gewalttätige Entwürdigung des Kapitalismus enthält in immer stärkerem Maße seinen heftigsten Charakter und treibt die Arbeiterklasse in immer schwerer und schärfer werdende Kämpfe.“

Während auf ihre Rednungen im kapitalistischen Arbeitsprozeß fordern die heute Versammelten:

Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für Männer und Frauen vom vollendeten 20. Lebensjahr für das Reich, Staat und Gemeinde.

Die Versammelten sind sich bewußt, daß das Wahlrecht eine unerschöpfliche Waffe für sie ist, eine Waffe im Kampfe um Reformen und in dem Ringen um die politische Macht.

Eine scharfe Waffe zur Befreiung der Massen von der Willkür der Herrschaft und zur Sozialisierung der Gesellschaft.

Durch den Sozialismus ist allein die Befreiung des Proletariats möglich, denn die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die immer die Gleichberechtigung der Männer und Frauen fordert und erkämpft.

Die Versammelten versprechen deshalb, den Kampf um ihre Rechte mit verstärkter Kraft und glühender Hingabe in den Reihen der Sozialdemokratie weiterzuführen.

Sie versprechen ferner, unermüdet und jede Gelegenheit benutzend, für die Ausbreitung der sozialistischen Ideen und für die Stärkung der sozialdemokratischen Wahlvereine zu wirken.

Was die Arbeiter und Arbeiterinnen des Landtreifes hier versprochen haben, das hielten sie auch. Der Erfolg der roten Woche hat es bewiesen. Und daß sie auch ferner für die gute Sache des Sozialismus arbeiten werden, dafür bürgt ihr Eifer und ihre Ueberzeugung.

Gemeindevahlen im Landtreife.

Im Laufe der nächsten Tage werden im Landtreife eine große Anzahl Gemeindevahlen erledigt, unsere Genossen beteiligen sich in folgenden Dörfern:

In **Rathen** bei Deutsch-Lissa wird **Mittwoch**, den 18. März, abends 6 1/2 Uhr, bei Birne zur Wahl geschritten. Unser Kandidat für die III. Abteilung ist der Stellbesitzer **Wilhelm Hoffmann**. Hier müssen aber unsere Genossen auf dem Posten sein, wenn sie das Mandat gewinnen wollen.

In **Groß-Zichau** findet die Wahl auch am **Mittwoch**, den 18. März, statt. Der Gemeindevorsteher hat die Wahl abends 6 Uhr festgesetzt, das Wahllokal ist bei Gastwirt **Hanke**, früher **Baye**. Kandidat der III. Abteilung ist der Hausbesitzer **Robert Walke** und für die II. Abteilung der Hausbesitzer **Josef Sacher**.

Wenn auch die III. Abteilung für uns sehr günstig ist, so müssen die Genossen alles aufbieten, um glänzend zu siegen. In der II. Abteilung ist der Sieg zweifelhaft.

In **Nein-Gandau** findet die Wahl **Donnerstag**, den 19. März, abends 6 Uhr, bei **Dürzwanger** statt. Als Kandidat gilt der bisherige Gemeindevorsteher, unser Genosse **Paul Pfänder**. Der Kandidat der II. Abteilung wird in der Dienstag, den 17. März, abends 8 Uhr, bei **Dürzwanger** tagenden Wählerversammlung aufgestellt.

In **Schwich** wird **Freitag**, den 20. März, nachmittags 4 Uhr, bei **Grünast** gewählt. Zur Ergänzung auf 8 Jahre für die III. Abteilung ist der **Freiherrenmeister Gottlieb Leber** vorgeschlagen. Da unser bisheriger Vertreter, der **Schiffbauer Schulz**, aus der Gemeinde verzogen ist, so hat für die III. Abteilung auch noch eine Ergänzungswahl stattgefunden. In diesem Zwecke findet Dienstag, den 17. März, abends 8 Uhr, bei **Grünast** eine Wählerversammlung statt, in der ein Kandidat aufgestellt wird.

Auch in **Polschitz** ist am **Freitag** die Wahl und zwar nachmittags 3 1/2 Uhr bei **Scholz**. Unser Genosse **Gustav Kappelt** kandidiert wieder, doch nur, wenn alle Arbeiter erscheinen, ist der Sieg unser.

In **Sachwitz** ist die Wahl auch sehr ungünstig angelegt, sie findet **Freitag**, den 20. März, nachmittags 4 Uhr, in der katholischen Schule statt. Auch hier ist Ergänzungswahl und Ergänzung. Zur Ergänzung ist der **Tagelöhner Wilhelm Scherz** aufgestellt, während als Ersatz für den verzogenen Genossen **Jozeph der Maurer Richard Schlapka** gilt. Keiner unserer Genossen aus **Sachwitz** darf fehlen, wollen wir die Mandate für uns holen.

In **Groß-Wochern** wird **Sonntag**, den 21. März, nachmittags 4 Uhr, bei **Gastwirt Klose** gewählt, dessen **Josef** als gewählter ist. Die **Wocherner** Genossen haben hier den **Hausbesitzer August Müller** vorgeschlagen, der aber nur gewählt werden kann, wenn alle Arbeiterwähler erscheinen.

Eine wichtige Wahl wird in **Deutsch-Lissa** entschieden, die **Dienstag**, den 24. März, erledigt wird. Hier ist von 7 1/2—9 1/2 Uhr vormittags die Ergänzungswahl für die als ungültig erklärten Gemeindevorsteher **Gebrüder Winter**. Auch zur Ergänzung sind 2 Vertreter in der III. Klasse zu wählen, die für 9 1/2—11 1/2 Uhr vormittags aufgestellt ist, es handelt sich also um 4 Mandate. Genossen in **Deutsch-Lissa**, zeigt den Gegnern, daß ihr auf dem Posten seid.

Sachwitz. Von der Gemeindevertretung. In der am 13. d. Mts. bei **Grünast** abgehaltenen Sitzung wurde zunächst der mit 13.687,18 Mark balanzierende Voranschlag ohne Debatte genehmigt. Von den einzelnen Ausgabezeilen sind folgende von Interesse: Zur Schulen 9375,75 Mk., Amtsverwalter und Standesamt 3321,12 Mk. und öffentliche Armenpflege 3000 Mk. Zur Aufbringung der Mittel schlägt die Vertretung ebenfalls einstimmig ohne Debatte 160 Prozent von sämtlichen Steuern zu erheben. Dieser beträgt die Steuerzuschläge zur Staats- und Gemeindesteuer 120 Prozent und zur Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer 150 Prozent. Es wurde weiter über einen Antrag **Mömer** verhandelt, welcher im Hinblick auf die beschlossene Pfasterung der hinteren Dorfstraße die Aufhebung einer Verbindungsstraße verlangt. Gegen die Aufhebung einiger Herren wurde der Antrag angenommen und beschlossen, die Straße in zwölf Meter Breite anzulegen. Die Ausführung der Mittel soll in derselben Weise erfolgen, wie die Vertreter am 6. d. Mts. beschlossen haben. Herr **Seiffelmann** gibt bekannt, daß er sein Mandat als Vertreter niederlegt, weil er aus der Gemeinde scheidet. Von einer an die Gemeindevertretung gerichteten Petition, in welcher sieben Wähler der dritten Klasse die Gemeindevorsteher ersuchen, gemäß § 51 der V.-G.-O. für den durch Fortzug ausstehenden Vertreter **Schulz** eine Ergänzung vorzunehmen, gelangte Sonderparagrafen nicht zur Verlesung.

Wochern! Nächsten Dienstag bei **Grünast**: Wähler-Versammlung. Alle erscheinen, denn **Freitag**, nachmittags 4 Uhr, findet die Wahl statt.

Rathen. Aus der Gemeindevertretersitzung. Es wurde der Voranschlag für das Steuerjahr 1914 beraten, die Einnahmen betragen 1416 Mark, die Ausgaben 9342 Mark. Der Rest von 7926,50 Mark muß durch Gemeindegeldern aufgebracht werden. Die Einkommensteuer im Betrag von 5094 Mark wurde mit einem Zuschlag von 110 Prozent belastet, die Realsteuer im Betrag von 1787 Mark mit 130 Prozent. Dem Projekt der Bahnunterführung am **St.-Lissa-Rathener** Weg steht die Gemeindevertretung nicht abgeneigt gegenüber. Die von der Gemeinde geforderten 3500 Mark hält jedoch die Vertretung in Anbetracht des geringen Interesses für zu hoch bemessen, zumal die Gemeinde **Deuthen, Frobelwitz, Saara, Mückerau, Alkenhüne, Stabelwitz** und **Gr. Gohlau** ihren ganzen Frachtverkehr über den fraglichen Uebergang haben, auf Grund dessen wurde der Antrag abgelehnt. Die Armenhauskommission erstattete von ihren Verhandlungen Bericht. Es wurde dem Vertreter **Mittmeier a. D. Sprünger** die Vollmacht erteilt, mit dem Kammerherrn von **Rippenhausen** wegen Ueberlassung eines geeigneten Platzes zu verhandeln. Dann wurde der Gemeindevorsteher beauftragt, zur nächsten Sitzung die geplante Pfasterung des Weges vom **Wagengelicht** **Jhne-D. Lissa** bis durch **St. Heibau** und der **Rathener** Dorfstraße auf die Tagesordnung zu setzen und gegebenenfalls einzuholen.

Kätzing, Parteigenossen, Gewerkschafter! Die Gastwirte **Pant Müller** und **Mois Grundmann**, beide in **Rosenthal**, stellen ihre Lokale zu allen Versammlungen zur Verfügung. Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins **Breslau (Land)-Neumarkt**.

Stadt-Theater.

„Die Walläre“ von R. Wagner.

Wenn auch der Mangel an guten Baritonstimmen nicht so fühlbar ist wie die Tenorstimmen, so sind doch die Heiden — Bassbaritone zur Zeit nicht häufig anzutreffen. Das liegt daran, daß die neuen Komponisten, vor allem **Richard Wagner** Stimmen verlangen, die nach Höhe und Tiefe gleichmäßig durchgebildet sind. So ist der **Wotan** nach **Wagners** eigener Auffassung für einen hohen Bass gedacht. Die Seltenheit solcher Bassstimmen hat es aber mit sich gebracht, daß man diese Rolle einem Bariton anvertraute. Einer der besten Vertreter dieser Rollenpartie ist der **Bass**, welcher sie gestern mit immensem Erfolge sang: **Walter Sommer** von der **Oper** in **Dresden**. Der **Künstler**, den wir schon einige Male im **Konzertsaal** bewundern haben, steht uns übrigens viel näher, als die meisten Besucher gehabt haben mögen. Er ist 1877 in **Weglich** geboren und hat in **Breslau** Philosophie studiert, ehe er sich dem Gesange widmete. Seinen Ruf verdankt er der Rolle des **„Wotan“**, den er bereits in **London, Bayreuth** und **New York** sang. Die Gestalt des **Wotter** wuchs in seiner Darstellung zu wirklich tragischer Größe und verhängnisvoller Bedeutung. Er verschmähte alle theatralische und gibt ein erschöpfendes Bild der Figur. Seine bühnenstarke, kraftvolle männliche Stimme dringt siegreich durch das Orchester, das sich unter Leitung des **Herrn Dr. Pratorius** ziemlich maßvoll hielt und einzelne Stellen, namentlich dort, wo Soloinstrumente beschäftigt waren, zu eindringlicher Wirkung brachte. — Der zahlreichen Besucher harzte gestern noch eine Ueberfischung, die allerdings weniger angenehm war. An Stelle der erkrankten **Frau v. Florentin-Weber** sang **Frau Zbila Plachinac** von der **Berliner** **Oper** die **„Brünnhilde“**. Die **Künstlerin**, darstellerisch von einer hinreißenden Verheißung, ist mir noch im Besitze einer fest- und kraftvollen Stimme, die im **Piano** brüchig klingt, im **Fortissimo** stark flackert. — Auffallend matt war auch die **Frida** des **Hrn. Reich**, die aber im dritten Akt als **„Souveränin“** wieder auf gewohnter Höhe war. Das große Licht im zweiten Akt bestrahlte vielfach das freie Spiel der geblendeten Darsteller, wie überhaupt mehrmals kleine **„Umsätze“** hinter der Szene und der vorzeitig ausfliegende Dampf vor dem Feuerherd recht stören. Die **Bezeichnung** **„Ende nach 11 Uhr“** bei der **Trilogie** erscheint nachgerade als **„Schönheitsfleck“**; im Interesse der **Abholer** ist es dringend geboten, eine annähernd genaue Zeit anzugeben. Bei der **Direktion** des **Herrn Dr. Pratorius** dauert die **Oper** immer etwas länger; der zweite Akt endete Punkt 10 Uhr, der dritte um 11 1/2 Uhr. Warum ist man bei **„Passifal“** so minutiös? **S. M.**

Briefkasten.

Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt. An viele. Sie können die Marken ohne Porto zurückschicken, brauchen das aber nicht tun. Es genügt, wenn Sie die Marken einige Zeit aufheben und abwarten, ob sie jemand wieder abholt. Geschieht das nicht, dann behalten Sie sie einfach. Zur Zusendung von Geld oder Rücksendung sind Sie rechtlich nicht verpflichtet.

J. P. Rein, die Sache verjährt Ende 1914. Können Sie nicht nachweisen, daß Sie den Betrag gezahlt haben, dann müssen Sie das Geld einschicken.

Schönlank. Die Kasse muß beim **Landrat** verklagt werden, **K. Frankfurterstraße**. Die Mutter ist in der Kasse angemeldet.

W. M., Keltchenbach. Ob das uneheliche Kind ein Handmerklernt, das hängt vom **Vormund** ab. Wird der **Junge** u. eine Lehre gegeben, so muß der **Vater** die dadurch entstehenden Kosten tragen.

Siah. Das glauben wir nicht. Kinder, die einmal der **Fürsorge** überliefert sind, kommen so leicht nicht frei.

G. E. 1000. Krotzel. 1. Es ist besser, Sie bleiben beim **Rechtsanwalt**. Auf das **Unterschieden** kommt es nicht an; die mündliche **Verabredung** genügt. 2. Ja, das **Arbeitszeugnis** wäre mit der **Klage** einzureichen. 3. Sie können den vollen **Schaden** eintragen. 4. Nein. 5. Das ist kein **Haftungsbruch**. Hat der **Veräußerer** den **Saal** gemietet, so darf der **Wirt** nicht **Leute** hinausweisen, die ihm nicht gefallen.

N. 100. Nach **§ 547** des **B. G. B.** ist der **Mieter** berechtigt, eine **Einrichtung**, womit er die **Sache** versehen hat, wegzunehmen. Sie können also den selbstgekauften **Weinstock** ausgraben. Ist der **Vermieter** dagegen, so ist er verpflichtet, Ihnen eine **Entschädigung** zu zahlen.

Versammlungen und Vereine.

Dienstag, den 17. März:
Stichtische der Steinseger, Hammer und Hilfsarbeiter. Abends 7 Uhr im **Gewerkschaftshaus**.
Steinarbeiter. Abends 7 1/2 Uhr im **Gewerkschaftshaus**.

Strehlen. Wahlverein. **Mittwoch** abends 8 Uhr bei **Kroll**.
Jauer. Wahlverein. **Dienstag** abends im **Wdler**.
Jauer. Frauen-Versammlung. **Donnerstag** abends 8 Uhr.

Alles erreicht man | lange Haltbarkeit des Leinens
| blendend weisses Aussehen des Leinens
| enorm. Zeitersparnis beim Waschen d. Leinens

durch Anwendung des in 20 Jahren erprobten,

alleintätigen [13903

Minlos'schen Waschpulvers

Minlos'sches Waschpulvers

Nur echt mit dieser Schutzmarke!

Wie ein Mann hängen Millionen dran!

Zu haben in Drogen-, Kolonialwaren-, Apotheker- und Selbstgeschäften, an gros von der Fabrik:

L. Minlos & Co., Köln-Ehrenfeld.

Pomona
Alkoholfreie Speisehaus,
Spezialbier- u. Wein-
Keller, 411, Tel. 2841.

Alkoholfreie Getränke
= **Bilz-Sinalco** =
Brauerei, 12, Tel. 2841.

Bäckereier und Konditoreien
Brot, Kuchen, Gebäck,
Konditorei, 12, Tel. 2841.

Badeanstalten
Bäder, 12, Tel. 2841.

Badewannen
Wannen, 12, Tel. 2841.

Bandagen
Bandagen, 12, Tel. 2841.

Rein, Joh., Schmiederei
Schmiederei, 12, Tel. 2841.

Betten u. Bettfedern
Betten, 12, Tel. 2841.

Bier-Präparat
Bier, 12, Tel. 2841.

Brauerei Sacrau
Brauerei, 12, Tel. 2841.

Brauerei „Zum Nussbaum“
Brauerei, 12, Tel. 2841.

Genossenschaft-Brauerei
Brauerei, 12, Tel. 2841.

Hopf & Gärke
Hopfen, 12, Tel. 2841.

H. H. H.
H. H. H., 12, Tel. 2841.

Peukerts Brauerei
Brauerei, 12, Tel. 2841.

Schwarze Krähenmark
Schwarze Krähenmark, 12, Tel. 2841.

Bier-Apparate, Kohlenkure
Bier-Apparate, 12, Tel. 2841.

Billard-Fabriken
Billard-Fabriken, 12, Tel. 2841.

Keiser-Gate
Keiser-Gate, 12, Tel. 2841.

Pfosten-Fabriken
Pfosten-Fabriken, 12, Tel. 2841.

Café
Café, 12, Tel. 2841.

Erstheut 8 mal wöchentlich

Wiehle & Kegel
Färberei u. Wäscherei

Färberei u. Wäscherei
Färberei, 12, Tel. 2841.

Kellner, W.
Kellner, 12, Tel. 2841.

Kellner, W.
Kellner, 12, Tel. 2841.

Kellner, W.
Kellner, 12, Tel. 2841.

Kellner, W.
Kellner, 12, Tel. 2841.

Kellner, W.
Kellner, 12, Tel. 2841.

Kellner, W.
Kellner, 12, Tel. 2841.

Kellner, W.
Kellner, 12, Tel. 2841.

Kellner, W.
Kellner, 12, Tel. 2841.

Kellner, W.
Kellner, 12, Tel. 2841.

Kellner, W.
Kellner, 12, Tel. 2841.

Kellner, W.
Kellner, 12, Tel. 2841.

Kellner, W.
Kellner, 12, Tel. 2841.

Kellner, W.
Kellner, 12, Tel. 2841.

Kellner, W.
Kellner, 12, Tel. 2841.

Kellner, W.
Kellner, 12, Tel. 2841.

Kellner, W.
Kellner, 12, Tel. 2841.

Kellner, W.
Kellner, 12, Tel. 2841.

Kellner, W.
Kellner, 12, Tel. 2841.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkauf empfohlen.

Fische u. Delikatessen

Heptner & Urner
Heptner & Urner, 12, Tel. 2841.

Galanterie- u. Spielwaren

Gardinen, Teppiche

Gardinen

Altman, Ferd.

Gasthäuser u. Hotels

Glaserei u. Bildereinrahmung

Grafsdenkmäler

Grab- u. Türschilder

Güterlei, J. Überbrasse 2

Handsch. Herrenwäsche, Krawatt

Haus- u. Küchengeräte Glas- u. Porzellanhdg.

B. Gensert

Erkurt, Carl

Herren-Artikel

Herren-Garderobe

Getragene Kavalier-Mass-Unter, Anzüge, Paletots

Knauerhase, W. 16

Herren- und Knab-Kleidung

Kinderwagen, Reisekörbe, Reitställe

Suchantke, B.

Kaffee, Tee

Gewaltig, Heinrich

Pohl, B.

Kinematographien

Eden-Theater

Kaiser-Wilhelm-Theater

Lichtspielhaus

Kleiderstoffe, Seldwaren

Klischeefabrik

Kolonialwaren

Konfituren und Schokoladen

Abrams, J. D.

Grosse, L. H.

Windenberg, W. H.

Schneider

Korsetts

Lederwaren und Sattlerei

Linoleum, Wachstuche

Möbel-Magazine

Karsimly

Nögel, A.

Scholz, Aug.

Möbel-Reparatur, Glaserei

Musikinstrumente, Schallplatten

Musik-Lehrinstitute

Musikschienen

Bressler, Julius & Co.

Reinhold, Adolf

Papier- und Schreibwaren

Reinhold, Adolf

Reinhold, Adolf

Reinhold, Adolf

Reinhold, Adolf

Reinhold, Adolf

Reinhold, Adolf

Reinhold, Adolf

Reinhold, Adolf

Reinhold, Adolf

Grottenhalle

Hubenhof

Villa Liebig

Pariser Garten

Spatenbräu

Stadthauskeller

Reinhold, Adolf

Reinhold, Adolf

Reinhold, Adolf

Reinhold, Adolf

Reinhold, Adolf

Reinhold, Adolf

Reinhold, Adolf

Reinhold, Adolf

Reinhold, Adolf

Reinhold, Adolf

Reinhold, Adolf

Reinhold, Adolf

Reinhold, Adolf

Preussisches Abgeordnetenhaus.

50. Sitzung: Montag, den 16. März, vormittags 11 Uhr.
Am Ministertisch: Breitenbach, Penke.
Der Eisenbahnetat.

Abg. Graf v. d. Groeben (Kons.) erklärt sich dafür, das 5 Jahre geschlossene Abkommen über die Erchtung und Stärkung des Ausgleichsfonds um 2 Jahre zu verlängern und lehnt den Antrag ab, der nur einjährige Verlängerung will ab. Es geht nicht an, daß im Ausgleichsfond unermessliche Summen angewendet werden, während man zugleich Steuerzuschläge erhebt. Eine allgemeine Ermäßigung der Gütertarife wünschen wir nicht, denn das würde zu viel kosten. Ueber die Forderungen zur Erweiterung der Vororttarife müssen wir zur Tagesordnung übergehen, denn in Berlin müssen für den Vorortverkehr große Zuschüsse geleistet werden. (Beifall rechts.)

Minister von Breitenbach: Der Etat ist nicht zu vorsichtig aufgestellt, der Personenverkehr hat um 4,37 Prozent zugenommen, der Güterverkehr aber nur um 1,71 Prozent. Es ist nicht zu vernennen, daß die veranschlagten Einnahmen 1914 auch erreicht werden. Wir haben im Bedarfsfalle Ausnahmetarife eingeschaltet, aber eine allgemeine Milderung des Tarifsystems ist ausgeschlossen. Ueber die Frage der ein- oder zweijährigen Verlängerung des Ausgleichsfondsabkommens wird sich in erster Linie der Finanzminister äußern.

Abg. Schmedding (Zentr.) begründet den Antrag, das Abkommen nur auf ein Jahr zu verlängern, da man besonders bei schlechter Konjunktur die zukünftige Entwicklung nicht voraussagen könne. Er wünscht, daß trotz der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage keine Arbeiterentlassungen erfolgt sind. Der Personenverkehr muß verbessert und Schlafwagen 3. Klasse müssen eingeführt werden. Die Verspätung der belgischen Eisenbahnen können wir Verzeihen, man mühe eventuell von Verbessehrungsgeldern abzulassen. (Beifall im Zentr.)

Finanzminister Dr. Penke verbreitet sich über die Beziehungen zwischen Eisenbahnüberschüssen und Staatsfinanzen. Wir müssen damit rechnen, daß der sehr nötige Ausgleichsfonds in Zukunft nicht mehr mit so starken Summen gespeist wird wie bisher. Zu Tarifherabsetzungen kann der Ausgleichsfonds nicht verwendet werden, denn er muß für schlechte Zeiten da bleiben. Die Steuerzuschläge kann ich nicht entbehren, sie bringen 70 Millionen. Der Ausgleichsfonds muß auch deshalb erhalten bleiben, weil es unmöglich ist, noch höhere Eisenbahnausgaben auf Anleihe zu übernehmen.

Abg. Mucco (Natl.) wünscht, daß das Abkommen vorläufig auf zwei Jahre weiter verlängert werde. Der Ausgleichsfonds muß stets genügend bedient werden. Gerechtigkeit gegen die Unternehmern ist die erste Forderung einer sozialen Politik. Hoffentlich gelingt es auch fernerhin, die Unabhängigkeit der Eisenbahnen aufrecht zu erhalten.

Minister v. Breitenbach: Der Abgeordnete Mucco hat sich darüber beklagt, daß zwischen Verwaltung und Publikum häufig ein Mißverständnis bestehe. Das ist unzutreffend; in meiner langen Praxis ist mir das Gegenteil bestätigt worden, da wir nur das Interesse und das Wohl der Allgemeinheit verfolgen. Aus der Entwicklung unseres Wirtschaftslebens hat es sich ergeben, daß wir mit unierer Tarifpolitik in der Hauptsache auf dem richtigen Wege sind.

Abg. Graf Mollath (Freikons.): Wir sind mit der Verlängerung des Abkommens betreffend den Ausgleichsfonds auf zwei Jahre einverstanden. Der Ausgleichsfonds ist geeignet, die Schwankungen der Konjunktur auszugleichen.

Auf eine Anfrage des Präsidenten Graf Schwerin-Löwis beschließt das Haus, einem Antrag des Abg. v. Gehdebrand (Kons.), folgend, die Verhandlung über das gewöhnliche Maß hinaus zu verlängern und die erste Reihe der Fraktionsredner zu Ende anzuhören.

Abg. Dr. Pacht (Volksp.) : Wir erkennen die Wichtigkeit unserer Beamten an und hoffen ihnen bei der Besoldungsvorlage unserer Dank abzutragen. Unsere Eisenbahnen sind vorzüglich verwaltet. Wir sind nicht für eine Verlängerung des Abkommens von 1909 betreffend den Ausgleichsfonds, sondern für eine Veränderung dieses Abkommens. Da uns bei der Besoldungsvorlage neue große Ausgaben bevorstehen, müssen wir die Eisenbahnfinanzen neu revidieren und sie von den Staatsfinanzen trennen. Der Redner wünscht die Einführung von Schlafwagen III. Klasse und von Tagesfahrplänen und bedauert das Scheitern der Reform der Fahrkartentaxe.

Abg. Ströbel (Soz.): Bündel muß ich darauf hinweisen, daß die Verlängerung der heutigen Sitzung, wie Sie vorher schon

der rechten Mehrheit des Hauses beschlossen wurde, eine Rücksichtslosigkeit gegenüber den Parlamentariern und den Regierungskomitees bedeutet, weil die Regierung den Beginn der Sitzungen des Landtages so spät angelegt hat, so müssen wir jetzt solche langen und ermüdenden Sitzungen haben. Sie verlangen sich immer, daß von sozialdemokratischer Seite zu lange Reden gehalten werden und gelegentlich der Rede meines Freundes Adolf Hoffmann haben Sie die Legende verbreitet, daß die Herren Stenographen durch diese Rede in ungebührlicher Weise in Anspruch genommen worden seien. Heute, wo das gleiche geschieht, bekamen Sie sich nicht. Außerdem mache ich darauf aufmerksam, daß Mucco und Mollath in ihren 1 1/2 stündigen Reden einen ausgiebigen Gebrauch von der Redefreiheit gemacht haben. Also sind die Klagen über die langen sozialdemokratischen Reden unaufrichtig. Jetzt scheint das Haus selbst dafür züchtigen zu wollen, daß der Etat so spät eingebracht worden ist. Trotz der Krise sind die Ergebnisse der Eisenbahnverwaltung zufriedenstellend. Der Ausgleichsfonds, der dazu bestimmt ist, alle Schwankungen der Konjunktur auszugleichen und eine Stabilität in den Finanzen herbeizuführen, wird im Jahre 1914 über 400 Millionen betragen. Schon jetzt hat er eine Höhe von 300 Millionen erreicht. Wenn man sich das vergegenwärtigt, so kann man geradezu von einem glänzenden Stande der Eisenbahnfinanzen sprechen. Wer hätte vor 5 Jahren daran denken können, daß derartige Summen dem Ausgleichsfonds zufließen würden? Aber Sie denken nicht daran, die Eisenbahnüberschüsse dazu zu verwenden und den nichtbestehenden Eisenbahnüberschüssen zu gewähren. Der Herr Finanzminister hat auch darauf hingewiesen, daß im Jahre 1913 567 Millionen Anleihe für die Eisenbahn notwendig waren, und daß 1914 die Anleihe ungefähr 500 Millionen Mark betragen dürfte. Ich halte aber trotzdem an meiner Auffassung fest, daß die preussischen Eisenbahnfinanzen günstige sind, und daß man, selbst wenn die Krise länger andauert, allen Anforderungen, die durch den Ausbau der Verkehrsstrecken erforderlich sind, nachkommen kann und den Wünschen des Personals ebenfalls. Ich bin auch der Meinung, daß den Arbeitern durchaus anständige Löhne gezahlt werden können. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das Personal wird durch den Wagenmangel außerordentlich überanstrengt und es sollte ein nobles offizium der Eisenbahnverwaltung sein, Beamten und Arbeiter reichlich anzustellen und die Zahl nicht zu vermindern. Breitenarbeit vergleichsweise mit den niedrigsten Ausgaben für Personal. Im Jahre 1910 kamen z. B. auf 100 000 Wagenschwielometer in Preußen 3385 Mark, in Baden 4387 Mark, in Sachsen 5587 Mark an Ausgaben für das Personal. Deshalb wäre es doppelt beklagenswert, wenn durch den Erlaß des Ministers Arbeiterentlassungen vorgenommen würden. Der Herr Minister hat allerdings erklärt, es sollten nur Zurückverlegungen von Hilfsarbeitern stattgefunden, aber keinerlei Entlassungen von Arbeitern. Weshalb hat man nicht auch die Verabreichung der Personentaxen ins Auge gefaßt? Der Abg. Mucco hat zwar gesagt, daß auf diesem Gebiete die Eisenbahnverwaltung etwas Günstiges geleistet habe. Wenn aber für Kohlen, Erze usw. Ermäßigungen verlangt werden, bin ich der Meinung, daß man solche Ermäßigungen auch den Passagieren zukommen lassen sollte. Allerdings, wenn man den Nichtbestehenden Ermäßigungen gewähren will, muß man auf der anderen Seite sparen, und dazu ist es notwendig, daß die I. Klasse fällt. Die Zahl der Passagiere.

die die I. Klasse beuhen,

ist 1/3 der gesamten Passagierzahl. Von allen Eisenbahnpraktikern ist nachgewiesen worden, daß bei der I. Klasse die Betriebskosten nicht die Einnahmekosten decken. (Sehr richtig! bei den Soz.) Dazu kommt, daß fast 40 Prozent der Passagiere der I. Klasse Ausländer sind. Es wäre uns interessant, wenn die Regierung nachweisen würde, wie hoch die Beförderungskosten der Passagiere der I., II. und III. Klasse sind. Bis jetzt fehlen derartige Angaben, wie denn überhaupt die Eisenbahntarifpolitik sich wenig von sozialen Prinzipien leiten läßt. Es sollten überhaupt nur zwei Wagenklassen existieren, wie bei den Berliner städtischen Bahnen. Man sollte dafür sorgen, daß die Wagen IV. Klasse auch an Eilzügen angehängt werden. Man hat kürzlich gesagt, als man sich über das Tempo der Automobile aufhielt, es müßte ein schnelles Tempo angeschlagen werden, denn Zeit ist Geld. Aber gerade für das Proletariat heißt es; Zeit ist Geld! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Eisenbahnminister hat die Auffassung vertreten, die Einlegung von Wagen IV. Klasse in Eilzüge sei ganz unmöglich, denn die Reisenden IV. Klasse legen ja nur kleine Strecken zurück. Das ist ein merkwürdiger Standpunkt. Der Minister hat nämlich selbst erklärt, daß von den Reisenden der III. Klasse durchschnittlich 30 km zurückgelegt werden, bei der IV. Klasse fast

die selbe Distanz. Wenn Sie die Uebernahme der Eisenbahn durch das Reich nicht wollen, dann sorgen Sie wenigstens dafür, daß unsere Eisenbahnen keine Karrikatur auf ein wirklich modernes Verkehrsunternehmen werden. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.) Die Weiterberatung wird vertagt auf Dienstag 11 Uhr.

Die unzüchtigen Wachsbüsten.

Berlin, den 14. März 1914.

In die zahlreichen Prozesse, die gegenwärtig vor einer besonders dafür bestimmten Berliner Strafkammer wegen Ausstellung bezw. Zerschlagung unzüchtiger Darstellungen und Schriften zur Verhandlung gelangen, brachte eine neue Note die Anklage, die am heutigen Sonnabend zur Erörterung kam. Während sonst meist Buch- und Papelerhändler auf der Anklagebank Platz nehmen müssen, richtete sich diesmal die Anklage gegen den Inhaber einer bekannten Berliner Korsettfabrik, den Kaufmann Gabriel Neumann, der in allen Stadtteilen Berlins Verkaufsstellen besitzt. Die Anklage geht davon aus, daß seit langer Zeit die Auslagen mancher Korsettgeschäfte die Empörung weitester Kreise, insbesondere der weiblichen Bevölkerung, erregen und zwar deshalb, weil die Auslagen angeblickt vielfach von Figuren beherrscht werden, die halbentkleidete Frauen darstellen. Die Bekleidung besteht nur aus raffiniert zusammengefügten Unterkleidern und sei so gewährt, daß sie die Brust gänzlich frei oder doch durchsichtiger lasse. Durch eine ebenso raffinierte Ausstattung der Schaufenster und eine gezielte Beleuchtung werde der Anblick der Figuren jedem Passanten aufgezwungen. Eine solche Ausstellung halbentkleideter Frauenfiguren in einem rufstüchtigen und grellbeleuchteten Mitteln wirkt nach Ansicht der Anklage schamverletzend. Dieses Verstoß werde noch durch die Ueberzeugung verstärkt, daß ganz offensichtlich von den Geschäftsführern die Stimmhaftigkeit der Beschauer beim Zuseh der Reklame dienstbar gemacht wird, und durch die Erwägung, daß die eigentlichen Kaufinteressenten, die Frauen, die Korsetts in dieser Preislage kaufen, eine solche Ausstellung intimer Kleidungsstücke vor der breiten Masse des Volkes auf's tiefste verabscheuen. Außerdem sei bei dem Korsett in erster Linie maßgebend, wie es der Käuferin sitze, und dies könne an solchen Figuren nicht gezeigt werden. In Wirklichkeit solle auf die Unzüchtigkeit der Männerwelt spekuliert und dadurch der Name des Geschäftes in weite Kreise getragen werden. Der Staatsanwalt stützt diese Ansicht auf eine Erklärung der Frau Geheimrat Dauneel, die längere Zeit Schriftführerin des Kantonsratschusses Deutscher Frauenvereine war und die offenbar die Meinung vieler Frauenkreise wiedergibt. Staatsanwaltschaftsrat Seinhorn, der die Anklage vertritt, hat daher Frau Geheimrat Dauneel als Zeugin geladen. Dem Angeklagten Neumann macht er zum Vorwurf, daß er in dem Schaufenster seines Geschäftes in der belebten Leipziger Straße eine Figur ausgestellt habe, die zwar mit Unterkleid, Korsett, Handschuhen und Strümpfen besetzt sei, aber einen gemeinen Gesichtsausdruck trage und einen verächtlichen und tiefen Gebrauchscharakter zeige, daß die nackte Brust fast gänzlich freiliegen. Eine solche Figur, ausgestellt in einer so belebten Straße in hellem Licht und weithin sichtbar, verletze das allgemeine Schamgefühl und insbesondere das Schamgefühl der Frauenwelt. Für die Jugend sei der lächerliche Sauf, der von einer solchen Ausstellung ausgehe, eine große sittliche Gefahr. Als Sachverständiger darüber ist Professor Brunner vom Berliner Volkshochschulrat (V) geladen worden. Der Ankläger, daß der Angeklagte und auch andere Korsettgeschäfte seit längerer Zeit ähnliche freie Auslagen in ihren Schaufenstern verankert haben, will der Staatsanwalt nicht gelten lassen. Die früheren Ausstellungen hätten eben die Grenze des Geföhl noch nicht überschritten. Die bei dem Angeklagten vorgefundene Wachsgruppe ist beschlagnahmt worden und befindet sich seitdem im Gewahrsam der Staatsanwaltschaft. Sie war zum heutigen Termin von der Anklage als Beweismittel zur Stelle geschafft worden. Ferner waren von der Staatsanwaltschaft noch eine Menge männlicher und weiblicher Personen als Sachverständige geladen worden.

Der Verteidiger, Dr. Alsbere, beantragte, einen Teil der von der Staatsanwaltschaft geladenen Zeugen als ungeeignet abzulehnen. Nachdem das Gericht diesen Antrag zurückgewiesen hatte, beantragte der Verteidiger Vertagung, da er nicht in der Lage gewesen sei, sich über die Sachverständigen bei Anklage zu informieren. Trotz Widerspruch des Staatsanwalts beschloß das Gericht die Vertagung. Zu dem neuen Termin sollen alle vorgeladenen Zeugen und Sachverständigen wieder geladen werden und außerdem will der Verteidiger neue Sachverständige und Zeugen stellen.

Aus aller Welt.

Das Unwetter im Kaukasus.

32 Kajakentwürfer verwaist — 800 Tote.

Infolge des Orkans sind die Wasser im nordwestlichen Kaukasus über drei Meter gestiegen. In dunkler nächtlicher Nacht wurden auf der Kaspischen Landzunge, an der südöstlichen Küste des Kaspischen Meeres, durch Hochwasser 380 Häuser zerstört, wobei sich schreckliche Szenen abspielten. 800 Eingeborene verloren auf dieser Stelle ihr Leben, wenige konnten sich vor den anstürmenden Wogen retten. 32 Kajakentwürfer sind vollkommen verwaist.

Verheerende Springflut im Kernellkanal.

Drei Schiffe gekrandet, zwei gesunken.

Ein furchtbarer Sturm legte am Sonntag über den Kanal und über England. Im Kanal gab es mehrere Schiffsunfälle. In der Nähe von Land End wurde die schwedische Bark „Trifolium“ ans Land geworfen und ist vollständig strandet. Der Kapitän und vier Mann ertranken. Sechs Matrosen konnten gerettet werden. Der Segler „Fagin“, der nach der Insel Wight mit Weizen unterwegs war, strandete bei Newhaven. Die Mannschaft wurde gerettet. Dort strandete auch der Brigantiner „Catherine“ aus Kopenhagen, deren Mannschaft ebenfalls gerettet wurde. Das Schleppschiff „Bernard“ aus Ostende sank vor Great Yarmouth. Die Mannschaft wurde nach Yarmouth gebracht. Der irische Zweimaster „Jane Sarah“ sank in der Saint-Brides-Bay. An der irischen Küste gab es am Sonntag die höchste Sturmflut seit zwanzig Jahren. In Queenstown konnte der amerikanische Dampfer „Saberford“, der nach Philadelphia unterwegs ist, nicht landen, und mußte einen Liverpooler Loffen an Bord nehmen. Ungefähr hundert Häuser in Queenstown herlören ihre Dächer. In Bridgton wurden die Leute auf den Straßen zu Boden geschleudert, und in Southend legte der Sturm das Dach eines Kinematographentheaters am Strand fort. Der unaußersichtliche Regen hat

ernsthafte Ueberschwemmungen längs des ganzen Rheintales verursacht, ebenso in Herfordshire und Wales.

Von anderer Seite werden noch aus London über den Schiffbruch der schwedischen Bark „Trifolium“ folgende Einzelheiten berichtet: Nachdem die Rettungsboote der „Trifolium“ gesteuert worden waren, eilte die Küstenwache von Sennen mit dem Raketenapparat nach dem Punkte der Küste, gegen den die „Trifolium“ getrieben wurde. Kapitän Wilson hielt auf die Küste zu, doch geriet die „Trifolium“ auf eine Klippe. Die erste Welle, die jetzt über das Deck fegte, nahm den Kapitän und vier Mann mit sich. Die übrigen retteten sich in die Takelage. Einer der Vord Besatzungsmitglieder ertrank auf der Klippe, die übrigen ertranken. Eine Rakete wurde abgefeuert, doch fiel die eine so, daß sie die Verunglückten nicht mehr erreichen konnte. Nach ein Mal wurde über Bord geschossen, doch gelang es ihm, eine vom Schiff herabhängende Kajakentwürfer zu erfassen und sich gegen die Küste zu ziehen. Der erste Offizier der Küstenwache eilte ihm entgegen. Mehrere Raketen wurde er von den Wellen niedergeworfen und beinahe tödlich verletzt, doch konnte er den Mann an Land bringen. Ein anderer Matrose, der ins Wasser geschwommen war, wurde auf gleiche Weise gerettet. Die übrigen Mannschaften in der Takelage wagten endlich auch den Sprung ins Wasser. Mit ihnen fiel der eiserne Mast ins Wasser und erschlug einen der Schwimmer, die übrigen drei wurden gerettet, darunter der erste Offizier, der sich beide Beine gebrochen hatte. Zwei Fische sind an den Strand geschwemmt worden.

Das Unwetter an der französischen Küste.

Ein furchtbares Unwetter wüthete in der Nacht zum 16. März an der nördlichen Küste Frankreichs und richtete in den Bodeorien der Normandie und Bretagne große Schäden an. In Trefort wurde das Kasino schwer beschädigt und die Meeresküsten dranaen in die Kellerräume ein. In Merz röh das Meer den Damm durch und überflutete die weite Ebene des Innere des Landes. Das Wasser drang in die Villen ein, die sich dort am Meere befinden, und die Einwohner ergriffen die Flucht. Zahlreiche Häuser sind eingestürzt. Der Dampfer drang das Wasser bis in die Stadt und überflutete mehrere Straßen. In Bourville wurde das Kasino fast vollkommen zerstört. Besonders wüthete das Meer um den St. Michel. Auch aus Vrest wird heftiges Sturmwetter gemeldet. Das Unwetter behnte sich auch auf das Innere Frankreichs aus, die Seine und Marne führten Hochwasser. Auf der Marne bei Noisiel kenterte am Sonntag ein Boot, und die Insassen, zwei junge Leute, die trotz aller Warnung eine Bootfahrt unternommen hatten, ertranken.

Hochwassergefahr am Rhein.

Seit Sonntag abend sind in Duisburg wie am ganzen Mittelrhein ununterbrochen starke Niederschläge erfolgt. Die Hochwassergefahr am Rhein nimmt damit einen drohenden Umfang an. Im hiesigen Begeel ist seit Sonntag ein weiteres Steigen um 15 Zentimeter zu verzeichnen. Weite Weisenflächen und niedrige gelegene Acker am Niederrhein sind überflutet. Der Schiffsverkehr auf dem Rhein liegt fast ganz darnieder, da die Ladeeinrichtungen durch die Hochflut zum großen Teil unbenutzbar geworden sind.

Eine neue Erdbebenkatastrophe in Japan.

Nach einer Meldung aus Tokio hat sich in Japan ein neues Erdbeben ereignet, durch das über 50 Menschen getölet wurden. In Omagari kamen fünf Personen und Leben, in Kariwano sechs. Hunderte von Häusern sind eingestürzt, viele Städte und Dörfer vom Verkehr abgeschnitten. Der Vulkan Asama ist in Tätigkeit.

Der Gouverneur des Landbezirks Akita telegraphierte nach Tokio, daß bei dem Erdbeben 435 Häuser eingestürzt und 83 Personen getölet oder erheblich verletzt worden sind. Im Kreise Sendstu sind allein 387 Häuser eingestürzt und 75 Personen getölet oder verletzt worden. Die Verkehrswege sind beschädigt und zum größten Teil unterbrochen.

Gerüstentwurf auf der Buchgewerbe-Ausstellung.

6 Arbeiter schwer verletzt.

Auf dem Gelände der internationalen Buchgewerbe-Ausstellung in Leipzig ereignete sich am Montag ein schwerer Unglücksfall. Aus bisher unbekanntem Grund stürzte das Gerüst des dort im Bau befindlichen Wellenabdeckens ein und röh sechs auf dem Gerüst beschäftigte Arbeiter mit in die Tiefe. Alle sechs Arbeiter erlitten zum Teil lebensgefährliche Verletzungen und mußten in das Krankenhaus gebracht werden.

Eine Konsulogattin als Ladendiebin.

Die Gattin des früheren deutschen Konsuls in Boston, Mrs. W. wurde in New York unter der Beschuldigung, wertvolle Kleiderstücke aus dem Laden eines Bekleidungs-

Gewerkschaftliches.

Von den Tarifabschlüssen im Baugewerbe.

Die fünfte Tagung des Haupttarifamts für das Baugewerbe hat endlich einmal mit den vorliegenden Vorschlägen, soweit sie auf die Tagesordnung gesetzt waren, abgeschlossen. Insgesamt standen 10 Vorschläge zur Verhandlung an, von denen allerdings eine Anzahl (16) gleichsam als Nebenangelegenheiten an die Tagesordnung über die Ausführung der Arbeit kam. Die Entschlüsse über die Tarifabschlüsse, die das Haupttarifamt in seiner Tagung im Dezember v. J. gefasst hat, ergaben einen großen Wirtswort. Dadurch, daß in Zukunft die Verhandlung der Tarifabschlüsse nach Kategorien, wie Maurer, Pflasterer oder Ziegler, in die einzelnen Verträge nicht mehr aufgenommen werden soll, in denen sie bisher nicht vorhanden war, sondern es nur hinsichtlich zu heißen braucht: „Maurerarbeit ist zulässig für Maurer“, haben die Unternehmer versucht, die Tarifabschlüsse ganz allgemein als diejenige Arbeitsmethode hinzustellen, die ohne Belagerung von den Arbeitern anerkannt werden muß, auch wo sie bisher nicht vorgekommen ist, oder wo sie vielleicht einmal durch einen Zwischenmeister eingeschmuggelt wurde. In dieser Hinsicht hat das Haupttarifamt doch noch etwas Wasser in den Feindesbecken der Unternehmer gegossen, indem es erklärt, daß, wenn es auch heißt: „Maurerarbeit ist zulässig für Maurer“, doch der Nachweis erbracht und der anderen Partei vorgelegt werden muß, ob denn auch beim Mauern bisher im Afford gearbeitet wurde. Allerdings wird es immer an einem zuverlässigen Maßstab für den Nachweis fehlen, und in folge dessen wird der Streit über die Affordarbeit auch schwerlich verschwinden.

Uebrigens zeigten die auf der Tagung des Haupttarifamts vorgebrachten Anträge, von denen wir nur die hauptsächlichsten streifen können, daß der Unternehmerbund oder seine Bezirks- oder Ortsverbände mit immer wieder neuen Einwendungen und Belagerungen den Abschluß der Verträge hinaus ziehen. Dabei kommen die Unternehmer auf die absonderlichsten Einfälle, je nachdem es ihren Zwecken gerade eintritt. So sollte in Leipzig und München der Schiedsgericht für das Baugewerbe dazu dienen, den Lohn der Maurer, die zum Betonbau übergehen, herabzusetzen auf den Lohn der Zementarbeiter resp. Hilfsarbeiter im Baugewerbe. Um gleich das Gegenstück zu zeigen, sollte in Schleswig-Holstein der Lohn der Zementarbeiter des Baugewerkes, der hier höher ist als der Maurerlohn, auf diesen herabgesetzt werden. Und solche widersprechenden Anträge werden von den Vertretern des Unternehmerbundes mit einer Sachverständigkeit vertreten, die einer besseren Sache würdig wäre. Alle Logik wird einfach auf den Kopf gestellt, wenn eine Lohnverhinderung für die Arbeiter durchgesetzt werden soll. Das ist das leitende Motiv. Das Haupttarifamt hat allerdings in beiden Fällen das Annehmen der Unternehmer abgewiesen. In einem anderen Falle wollten die Unternehmer die Werkplatzarbeiter von dem Verträge ausschließen, gestellt werden, und auf einen gemeinsamen gewählten Ausschuss des Unternehmerverbands zurückzuführen ist. Auch hier hat das Haupttarifamt in entgegengelegtem Sinne entschieden. Hoffentlich wird es sich nicht trotzdem noch mit den anderen Fällen beschäftigen müssen, soweit sie dem Haupttarifamt noch nicht vorgelegen haben. Auch die Weigerung der Zentralverbände, wegen fehlender Festlegung des Ueberstundenzuschlages für die erste halbe Stunde nach Beendigung der normalen Arbeitszeit, gegen die von den Unternehmern Sturm gelaufen und die den Arbeiterorganisationen als Verschleppung angesehen wurde, ist als zu recht erfolgt anerkannt.

Dagegen hat das Haupttarifamt über den Abschluß von sogenannten Affordverträgen einen Beschluß gefasst, der eine wesentliche Verfestigung des bisherigen Zustandes bedeutet. Danach brauchen solche Verträge erst zwei Monate später abgeschlossen zu werden, nachdem der örtliche Vertrag von den Zentralinstanzen unterzeichnet worden ist. Man hat dabei das Gefühl, als ob damit der ganze Vertragsabschluß überhaupt auf eine längere Zeit in der Luft hängt. Die bisherige Erfahrung hat gezeigt, daß es sehr schwer fällt, örtliche Verträge überhaupt zustande zu bringen. Und wo es geschehen ist, sind die Verträge vielfach rasch verschwunden und den Zentralinstanzen einfach nicht vorgelegt worden. Ob sie jetzt zum Vorschein kommen werden, muß abgewartet werden. Der Unternehmerbund hat eben kein Interesse an dem Tarifvertrage, sobald er ihm Pflichten auferlegt. Diese Pflichten müßte er durch die allgemeine Einführung der Affordarbeit abwägen, und deshalb hat er auch kein Interesse an einem Affordvertrage. Aus diesem Grunde wird es auch in Zukunft nicht an Versuchen fehlen, durch irgend einen Widerspruch den Abschluß von örtlichen Verträgen hinauszuschieben.

Nun hat zwar das Haupttarifamt im Januar entschieden: Wenn innerhalb sechs Wochen nach dem 23. Januar die örtlichen Verträge nicht zum Abschluß gekommen sind, so hat jede Partei das Recht, direkt die Entscheidung des Haupttarifamts anzurufen. Damit wird in den meisten Fällen aber auch nicht viel mehr erreicht werden als eine Entscheidung. Bisher sind

doch gegen Bürgschaft entlassen. Es wird angenommen, daß die Dame an „Kleptomantie“ leidet.

Natürlich! Wozu ist denn auch diese Krankheit erfunden worden, wenn sie nicht die reichen Epigonen, die sich mal erweilen lassen, vor Strafe schützen könnte. Ein armer Teufel, der aus Not eine Kleinigkeit stiehlt, kommt ins Gefängnis. Von Rechts wegen.

Erdbeben und Gasereignis. Aus Singheim in Baden wird berichtet: Infolge der Regenfälle der letzten Zeit sind hier Berstungen in dem lehmigen Erdreich entstanden, die einen Erdrutsch auf dem staatlichen Porphyrtagebau zur Folge hatten. Die neueröffneten Anlagen zweier Gebäude des Werkes wurden von den Hauptgebäuden abgetrennt und ihre hinteren und seitlichen Mauern eingedrückt; die Dächer sind nicht zu Schaden gekommen.

Schlimmer noch steht es mit dem aus zwölf Häusern bestehenden Oberdorf. Darüber wird gemeldet: Seit etwa vier Tagen befindet sich der Abhang, auf dem das Oberdorf steht, in langsame Abwärtsbewegung nach Westen. Bis jetzt sind elf Häuser vollständig eingestürzt. Das ganze Oberdorf mit Ausnahme eines Hauses mußte geräumt werden. Siebzehn obdachlos gewordene Familien mit ihrer Habe und ihren Viehbeständen haben in benachbarten Gemeinden Unterkunft gefunden. Das ganze Gebiet der Aufschüngen, das einen trostlosen Anblick bietet, ist in weitem Umfang durch Gendarmen abgesperrt worden.

Sturmverwüstungen auf der Deutschen Werkbund-Ausstellung. Auf dem Gelände der Deutschen Werkbund-Ausstellung in Köln a. Rh. stürzte am Montag infolge des Sturmes das Bremen-Odenburg-Haus ein. Ob Menschenleben zu beklagen sind, ist bis zur Stunde noch nicht bekannt. Später wird gemeldet: Bei dem Einsturz des Bremen-Odenburg-Hauses auf der Werkbund-Ausstellung wurden Personen nicht verletzt, da alle Arbeiter rechtzeitig auf die Gefahr aufmerksam gemacht worden waren.

Ein Fernsehen in 10.000 Kilometer Entfernung. Der Erdbebenrichter der Königlich-Siamesischen bei Heidelberg beobachtete am Sonnabend zwei Fernbeben, ein schwächeres, das um 7 Uhr 20 Min. einsetzte und ein stärkeres, das 9 Uhr 12 Min. begann und das Maximum um 9 Uhr 47 Min. erreichte. Die Entfernung des zweiten Bebens betrug etwa 10.000 Kilometer. **Geistlich seine — kein deutscher Richter.** In Düsseldorf beantragte im Stadtverordnetenkollegium die sozialdemokratische

Die Entschlüsse des Haupttarifamts, soweit es sich um den Abschluß eines Vertrages handelt, sind, entweder von den Unternehmern einfach ignoriert worden, oder die Unternehmer haben dem Unternehmerbund den Rücken gekehrt. Uebrigens ist die Frist bereits abgelaufen. Und die nächste Tagung des Haupttarifamts wird uns darüber belehren müssen, inwieweit der Einfluß des Deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe bei dem Abschluß der örtlichen Verträge liegt.

Stadt und Provinz.

Die Güterbodenarbeiter regen sich.

Die Bodenarbeiter des Oberschlesischen Güterbahnhofs und des Güterbahnhofs Odetor protestierten am Sonntag in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung gegen das auf diesen Bahnhöfen bestehende „Kölner System“. Bei diesem sogenannten „Kölner System“ nimmt ein Bodenarbeiter mit mehreren anderen Arbeitern die Verladung im Afford vor. Die Folge ist eine übermäßige Untertreibung der Leute; denn der Vorarbeiter will möglichst viel Verdienstag erzielen, um mehr zu verdienen. Dadurch wird Mühsamkeit und Unzufriedenheit und ein heurückendes Günstlingswesen großgezogen. Auf dem Güterbahnhof Breslau-West (Märkischer Bahnhof) besteht dieses System nicht, vielmehr ist dort das „Stückzeitverfahren“ eingeführt, wobei die Arbeiter sich besser fühlen und ein erträglicheres Arbeitsverhältnis herrscht. Der Einberufer der Versammlung, der Vorstand des Gewerkschaftsvereins der deutschen Eisenbahner (H.-D.) schlug folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde:

„Die am 15. März 1914 tagende gut behauchte Mitgliederversammlung beauftragt den Vorstand des Gewerkschaftsvereins der deutschen Eisenbahner (H.-D.), sobald wie möglich den Antrag betreffend Abschaffung des Kölner Systems an die Eisenbahndirektion durch die Dienststelle zu stellen. Die Versammlung gibt sich der Hoffnung hin, daß die Eisenbahndirektion Breslau dem Wunsch der Güterbodenarbeiter vom Oberschlesischen und Odetor-Bahnhof Rechnung trägt, weil durch das Kölner System mit der Arbeitskraft der Arbeiter in unzureichender Weise Mißbrauch getrieben worden ist, die Gesundheit der Arbeiter darunter leidet und zu Mißbilligungen unter den Arbeitern führt. Das „Stückzeitverfahren“, welches auf dem Güterbahnhof Breslau-West eingeführt ist, ist gleich der Wunsch der heutigen Versammlung.“

Offentlich hilft.

Achtung, Bauarbeiter! Vor Zugang nach Striegau sei hiermit dringend gewarnt. Es ist zurzeit wenig Arbeit vorhanden. Wegen des starken Angebots von Arbeitern werden die Meister schwierig. Am Sonnabend sind einige Kollegen am Kalnerbau entlassen worden, weil sie — nicht genau geschäftlich hatten. Kollegen, merkt also Striegau!

Verdrängter Holzarbeiterstreik in Görlitz. Die vor einigen Tagen ausgebrochenen Differenzen bei der Görlitzer Möbelfabrik (Inhaber Paul Herger), die zum Ausstand aller Arbeiter führten, sind durch gegenseitige Verhandlungen beigelegt worden. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte am Montag früh.

Deutsches Reich und Ausland.

Die Lohnbewegung der Berliner Brauereiarbeiter. In massenhaft besuchter Versammlung am 15. März ließen sich die Berliner Brauereiarbeiter Bericht von der Lohnkommission erstatten über die bisherigen Verhandlungen mit dem Verein der Brauereiarbeiter. In einer einstimmig angenommenen Resolution erklärte die Versammlung ihr Einverständnis mit den bisherigen Maßnahmen der Lohnkommission und bezeichnete das Angebot der Brauereien als keine zureichende Grundlage zur gegenseitigen Verständigung. Der Lohnkommission in Gemeinschaft mit den Vertrauensmännern wurde Vollmacht gegeben, jede geeignete erscheinende Maßnahme zur Durchführung der Lohnbewegung zu treffen. Die Annahme eines neuen Vertrages bleibt selbstverständlich einer Versammlung vorbehalten.

Arbeitsverbesserungen im Gießereiwesen. Einen bemerkenswerten Erfolg erzielten die seit kurzer Zeit organisierten Arbeiter des Gießereiwesens in Ziegel bei Berlin. Bisher bestand für die Retortenarbeiter der 18stündige Schichtwechsel. Eine der ersten Forderungen der jungen Organisation war die Verringerung dieser unmenslichen Arbeitszeit. Die Anträge der Organisation war insofern von Erfolg gekrönt, als die 18stündige Wechsellastigkeit beseitigt worden ist. An ihre Stelle tritt an Schichtwechselzeiten die zwölfstündige Schicht. Die weitergehenden Anträge auf Einführung der achtstündigen Schicht, die in Groß-Berlin allgemein besteht, harzt noch ihrer Erledigung.

7000 Spitzenarbeiter in Frankreich ausgeperrt. Wie aus Cambrai gemeldet wird, haben die Spitzenfabrikanten von Cambrai beschlossen, die von ihnen schon vor einiger Zeit angeordnete Aussperrung der Arbeiter von morgen ab in Kraft treten zu lassen. Sechs- bis siebentausend Ar-

beiter eine neue Straße Heinrich-Heine-Straße zu nennen. Dem widersprach die Stadtverwaltung (der Bürgermeister und auch der Beigeordnete Herff) mit der geistreichen Bemerkung, daß man einen Namen nicht „so weit herzuholen“ brauche, wo man noch deutsche Dichter habe. Und wenn der Beschluß dennoch gefaßt würde, so werde er nicht durchgeführt, da die Straßennennung nicht Sache der Stadtverordneten ist. — Das im Kreise Düsseldorf liegende Städtchen Hühnscheid ist also gerettet. Heine, der geborene Düsseldorfser, hat diese Art Spießer treffend gekennzeichnet.

Der beweihrte Orden. Herr Weiß, Inhaber der Leipziger Gummiwarenfabrik von Weiß u. Wähler, ist, so berichtet die „Dresdener Rundschau“, durch Verleihung des preussischen Roten Adlerordens vierter Klasse ausgezeichnet worden. Preussische Orden sind keine Karikatur, und es läge an sich kein Anlaß vor, von diesem Gnadenakt Notiz zu nehmen. Aber die Gummiwarenfabrik Weiß u. Wähler, die zu den größten ihrer Branche zählt, stellt als Hauptergebnis jene von Liebesleuten sehr begehrten Gummiartikel her, die man gegenwärtig in erster Linie für den klebbarsten Geburtenrückgang verantwortlich macht, und denen man jetzt durch gesetzliche Bestimmungen mit aller Energie zu Leibe gehen will.

Das gibt zu denken. Wenn die leitenden Stellen im Reich die Verhütung der Empfängnis unter Strafe gestellt wissen wollen, und auf der anderen Seite Hersteller der perhorreszierten Empfängnisverhütungsmittel durch Ordensdecorationen ausgezeichnet werden, so weiß ja der brave Untertan gar nicht mehr, woran er sich halten soll!

Einbruch im Lübecker Museum. In der Nacht zum Montag wurden durch Einbruch im Museum zu Lübeck zahlreiche goldene, silberne und kupferne Münzen aus dem 17. und 18. Jahrhundert, sowie wertvolle Ringe aus dem Jahr 1000 und sonstige kostbarkeiten: Medaillen, Broschen, Korallenadela und Armbänder gestohlen. Der Dieb hat sich nach Schluß der Besichtigungzeit einschließen lassen und sich später mit einer starken Leine aus einem Fenster hinuntergelassen. Bisher fehlt jede Spur von ihm.

Für eine halbe Million Lire zuweilen gestohlen. Im Gießereiwesen Alexandria-Luzin ist am Sonntag ein Juwelendiebstahl verübt worden. Dem Adolaten Zurzola, einem Magistratsbeigeordneten von Alexandria, der nach Luzin reiste, wurden in seinem Eisenbahnwagen Juwelen im Werte von einer halben Million Lire gestohlen. Zurzola wollte die Edelsteine einer Luxurier altadeligen Familie zu-

beiter und Arbeiterinnen werden von dieser Aussperrung betroffen.

Die Konfessionäre in Billa beschloßen infolge der beständigen Ausstandsdrohungen vom 1. April ihre Zuschneider und Arbeiter auszusperren. Von dieser Maßnahme werden, falls keine Verständigung erfolgt, 6000 Arbeiter betroffen werden.

Schlesien und Posen.

Gemeinde-Vertreterwahlen in der roten Woche.

Die erfolgreiche Arbeit unserer Genossen in Stadt und Land während der „roten Woche“ neue Mitkämpfer für die Partei, neue Helfer für die Parteipresse zu werben, ist ganz naturgemäß auch bei den Gemeindevertreterwahlen nicht ohne Einfluß geblieben. In vielen Orten behaupteten wir nicht nur unsere Mandate unter Erhöhung unserer Stimmenzahl, sondern in einigen Orten ist zum ersten Mal Wrejsche in die bisher sozialistischem Gemeindepimente gelegt worden. Allen voran steht Gorkau im Kreise Nimptsch, wo zum ersten Male zur Gemeindevertretung gewählt wurde. Dort wurden auf den ersten Anhub alle unsere Kandidaten in der zweiten und dritten Abteilung gewählt. Die Gegner waren von der Werbestärke der sozialistischen Ideen so überzeugt, daß sie es schon bei der ersten Wahl gar nicht einmal wagten, überhaupt Kandidaten aufzustellen. Gorkau ist also neben Klein-Deubusch die zweite rote Gemeinde in Schlesien. Nicht weit davon ist die Gemeinde Hartau bei Freiburg in Schlesien, wo wir durch die letzte Wahl in den Besitz der Hälfte aller Gemeinde-Vertreter-Mandate kamen. Ein Bravo allen tapferen Kämpfern, die durch ihre erfolgreiche Arbeit den Orten, wo noch zu wählen ist, ein glänzendes Beispiel gaben. Nachstehend die Einzelresultate:

Gorkau. Am Freitag fanden hier die Wahlen zur Gemeindevertretung statt. Es wurden als Gemeindevertreter gewählt: In der 3. Klasse die Genossen Ernst Neumann, Hausbesitzer, Paul Wende, Hausbesitzer, Karl Schneider, Steinarbeiter. In der 2. Klasse die Genossen Hermann Wilsch, Hausbesitzer, Paul Franke, Hausbesitzer, Vertreter, Hermann Schaar, Steinarbeiter. Die 1. Klasse hatte nur 2 Wähler, den Steinbruchverwalter Matusch, Garkhofbesitzer Maier, die sich selbst wählten.

Hartau. Bei der im Restaurant „Zur schönen Aussicht“ stattgefundenen Gemeindevertreterwahl haben unsere Genossen sämtliche drei Klassen erobert. In der dritten Klasse erhielten Stimmen: Angehöriger Genosse Hauswirth Anton Dörich 71, die Gegner 1 Stimme. In der zweiten Klasse schaltete sich das Verhältnis folgendermaßen: Nichtangehöriger Genosse Bergbauer Wilhelm Glener 33, Nichtangehöriger Genosse Maurer Hermann Lindner 24 Stimmen. Von den Bräuern erhielten die Herren Liebig 5 und Wiesner 4 Stimmen. In der ersten Klasse erhielt Nichtangehöriger Genosse Handelsmann Gustav Hüter 5 und von den Gegnern Herr Wunde 4 Stimmen. Unsere Partei hat jetzt acht Genossen als Gemeindevertreter, die ganze Gemeindevertretung (mit Schöffen und Gemeindevorstand) besteht aus 16 Stimmen. Ein Bravo den Gorkauer Genossen!

Hohenwiese. In der dritten Abteilung wurde Genosse Maurice Ernst Wahn mit 28 Stimmen gewählt gegen 17 Stimmen, die auf den Garkhofbesitzer Eißel entfielen. Es gelang uns, unseren Kandidaten durchzubringen, trotzdem die Verwaltung des Gemeindegemeins das ganze Bräuern- und Arbeiterpersonal aufbot, um ihn zu Falle zu bringen.

In Nieder-Reichenbach und in Bialik im Wahlkreis Görlitz-Lauban, sowie in Dieban bei Bunzlau wurde bei den Gemeindevertreterwahlen der sozialdemokratische Kandidat gewählt.

Benzig, 17. März. Das Ende eines Arbeiterkindes. In der benachbarten Kolonie Nieder-Vielau fand das dreijährige Kind der Arbeiterfamilie Weischnid; einen schrecklichen Tod. Während die Eheleute auf dem Dampfsägewerk in Arbeit waren, kletterte das Kind bei dem Hauswirth auf eine Bank und stürzte in einen mit siedendem Wasser gefüllten Kochkessel. Es erlitt so schwere Brandwunden, daß es nach 5 Stunden starb.

Langenbielau, 17. März. Tod aufgefunden wurde die seit mehreren Tagen vermißte 73 jährige Hauswirthin Theresje Kretschmer in ihrer Wohnung. Der Tod der alten Frau ist durch Bluthurz eingetreten.

Hohenstein, 17. März. Opfer der Arbeit. Beim Hangieren auf dem hiesigen Güterbahnhofe wurde die sechszehnjährige Wilinska, die mit dem Abladen von Ziegelsteinen beschäftigt war, tödlich verletzt.

15278 z

JOSETTI
Görrenien

Verfa Gold 33